

ED718-7-1

Band 7: Verband der Kriegsdienstverweigerer:
Mitteilungen, Rundschreiben und Pro-
tokolle (1959 - 1969)

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7842190	Best. ED718
rep. Braun	Kat.

/ 7



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-2

Konzepte - Archiv
18727
4.3.63
v VK Fim/Zi

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Brief des VK-Bundesvorstandes an Oberbürgermeister i.R., Robert Scholl, zur 20. Wiederkehr der Verurteilung und Hinrichtung der Geschwister Scholl.

Sehr geehrter, lieber Herr Scholl,
in wenigen Tagen, am 22. Februar 1963, jährt sich zum 20. Male die Verurteilung und Hinrichtung Ihrer Kinder Sophie und Hans und ihres Freundes Christoph Probst.
Der passive aber dennoch eindeutige Widerstand Ihrer Kinder und deren Freunde unter dem Namen "Die Weisse Rose" hatte 1943 durch das Mordurteil der Nazis sein vorläufiges Ende gefunden. Trotzdem konnte die Gestapo "Die Weisse Rose" nie völlig zerschlagen. Ihre Kinder haben gearbeitet und ihr junges Leben geopfert für ein friedliches, demokratisches Deutschland.
1945 wurde der Hitler-Diktatur von außen ein Ende gesetzt. Die Verantwortlichen in beiden Teilden des gespaltenen Deutschlands wußten nicht viel mit den neuen Möglichkeiten zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung anzufangen und wir finden heute wesentliche Funktionen in Staat, Wirtschaft und Justiz wieder von autoritären Kräften besetzt.
Es ist deshalb für uns als Kriegsdienstverweigerer - wir sind aus der Natur der Sache vorwiegend junge Menschen - auch heute selbstverständlich, im Sinne des Widerstandes der "Weissen Rose" tätig zu sein. Wir werden alle Kräfte einsetzen für die Verhinderung eines neuen Krieges, gegen die Gefahren der atomaren Vernichtung und für Erhaltung und Ausbau der Demokratie.
Ihre Kinder und alle Mitstreiter der "Weissen Rose" sind für die demokratischen Kräfte in der heutigen Jugendgeneration verpflichtende Vorbilder.
Übermitteln Sie unsere Grüße an Ihre Frau Gemahlin und an alle Ihre Freunde aus dem Bekanntenkreis der "Weissen Rose".

Mit verbindlicher Hochachtung!
Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

gez.: Herbert Stubenrauch
Bundesvorsitzender
Offenbach (Main), den 17. Febr. 1963 - Vack/ 1

gez.: Klaus Vack
Verbandsgeschäftsführer



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 748 - 7 - 3

Mein Verbleib!
4.3.63
VK Fim/Zi

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ein kleines Wörtchen "Muß" oder "Soll"

Im "Mitteilungsblatt der Stadt Frankfurt" vom 26.1.1963 wurde der Jahrgang 1944 zur Wehrerfassung aufgerufen. Trotz vieler Amtsjuristen in dem großen Polizeigebäude in der Friedrich-Ebert-Anlage hatte sich in den Aufruf ein dem Anschein nach kleiner, aber dennoch bedeutender Fehler eingeschlichen. Im Frankfurter Mitteilungsblatt stand zur Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung:

"Der Antrag m u ß spätestens 14 Tage vor der Musterung eingereicht werden."

Der Gesetzestext (§ 26, Ziff. 2 des Wehrpflichtgesetzes) lautet jedoch:

"Der Antrag s o l l 14 Tage vor der Musterung eingereicht werden."

Der Unterschied des Wörtchens "muß" zu "soll" wirkt sich in diesem Fall für jeden, der den Kriegsdienst verweigern will und evtl. erst nach seiner Musterung Klarheit über sein Gewissensverhältnis zum Kriegsdienst bekommen hat, fatal aus. Würde es "muß" heißen, wie das Frankfurter Mitteilungsblatt "aufklärte", könnte er nach der Musterung keinen Antrag mehr stellen, müßte "dienen". Es heist aber "soll" und so kann jeder Wehrpflichtige, jeder Zeit, selbst wenn er schon bei der Bundeswehr ist, seine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen beantragen.

Die Gruppe Frankfurt des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer sah sich deshalb veranlaßt, die Herren Oberbürgermeister und Polizeipräsident um eine Berichtigung zu bitten. Das ist nun im Mitteilungsblatt vom 23. Februar 1963 geschehen. Man darf nur hoffen, daß auch die Erfassungsbehörden diese Berichtigung zur Kenntnis genommen haben und bei mündlichen Anfragen über Kriegsdienstverweigerung den kleinen Unterschied zwischen "muß" und "soll" beachten.

Übrigens hat der Verband der Kriegsdienstverweigerer angeregt, unter Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes in den Erfassungsaufrufen in Zukunft über die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung ausführlicher zu berichten, denn die Bundeswehrwilligen werden auf ihre Möglichkeiten wesentlich gründlicher aufmerksam gemacht.

Offenbach (Main), 28. Februar 1963 - V



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

24. 5. 63 V.

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Sehr verehrte Damen und Herren, werte Redakteure!

Sie werden sich in Ihrer Berichterstattung und in Ihren Kommentaren zu politischen Fragen in Zukunft immer mehr mit den geplanten Notstandsgesetzen zu beschäftigen haben. Unser stellvertretender Bundesvorsitzender, Rechtsanwalt Heinrich Hannover in Bremen, hat zu dem vorgesehenen Zivildienstgesetz und zur Frage einer Notstandsverfassung Stellungnahmen veröffentlicht, die wir Ihnen hiermit zur Kenntnis geben möchten. Wir wissen, daß die beigefügten Schriften etwas umfangreich sind, was sich aber bei einer gründlichen, politischen und juristischen Beurteilung der geplanten Gesetze nicht vermeiden läßt. Wir hoffen deshalb, daß es Ihnen oder einem Ihrer Kollegen möglich sein wird, die Schriften einer ausführlichen Prüfung zu würdigen.

Mit besten Grüßen

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Anlagen:

- 1 Exemplar der VK-Schrift "zum Entwurf eines Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall"
- 1 Exemplar der VK-Schrift "Zur Frage einer Notstandsverfassung"

ED 718-7-5



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

12.5.63

14.5.63

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK)

bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

VK-Bundeskongress 1963 in Stuttgart

=====

Am 11./12. Mai 1963 führte der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V., in der Sängershalle, Stuttgart-Untertürkheim, seinen diesjährigen Bundeskongress durch. Vor 10 Jahren, im Mai 1953 wurde in Köln die Gruppe der Wehrdienstverweigerer, ein entscheidender Grundpfeiler des späteren VK, gegründet. Der VK besteht mit seinem diesjährigen Bundeskongress seit 5 Jahren. An dem Kongress nahmen die rund 150 Delegierten von 70 Gruppen in der Bundesrepublik teil.

Arbeitsbericht des Vorstandes

In seinem Arbeitsbericht hob der Vorsitzende, Herbert Stubenrauch hervor, daß der Verband im vergangenen Jahr wieder einen erheblichen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte. Die Zahl der anerkannten Kriegsdienstverweigerer steigere sich von Jahr zu Jahr. Zur Aufklärung über die geplanten Zivildienstgesetze und die Notstandsverfassung hat der Verband 2 Schriften von Rechtsanwalt Heinrich Hannover publiziert, die in einer hohen Auflage die Bevölkerung auf die Gefahr, die für die Demokratie mit Annahme dieses Gesetzes verbunden ist, aufmerksam machen sollen. Darüberhinaus wurden vom Bundesvorstand und von den Gruppen weitere Publikationen verbreitet, die Aufklärung über das im Grundgesetz verankerte Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen geben, und zu der steigenden Zahl anerkannter Kriegsdienstverweigerer mit beigetragen haben dürften. Der Bundesvorstand hat bisher erfolglos mit zuständigen Stellen Verhandlungen, mit dem Ziele der Herabsetzung des Wahlalters auf das Alter der Wehrmündigkeit, geführt. Nunmehr wurde eine Petition beim Deutschen Bundestag eingebracht. Der Bundesvorstand hat sich im vergangenen Jahr besonders der anerkannten Kriegsdienstverweigerer angenommen, die ihren Ersa dienst ableisten mußten. Es kann festgestellt werden, daß die Kriegsdienstverweigerer ihren Dienst in sozialen Einrichtungen gewissenhaft ausführen und daß man ohne Zweifel von einer harmonischen Zusammenarbeit zwischen dem zuständigen Bundesarbeitsministerium und den Trägerorganisationen einerseits sowie den Kriegsdienstverweigerern andererseits sprechen kann. Der VK tritt dafür ein, daß der derzeitige Dienst der Kriegsdienstverweigerer nicht auf soziale Einrichtungen beschränkt bleibt, sondern auch an Friedensdienst im Ausland und auf die Ausbildung zu Katastrophenhelfern ausgeweitet wird.

herausgeber: pressestelle beim bundesvorstand des verbandes der kriegsdienstverweigerer e. v., 605 offenbach (main), waldstraße 99

ruf: 88 37 64, postscheckkonto: 1870 hamburg

Herbert Stubenrauch kritisierte scharf die politische Entwicklung in der Bundesrepublik, die in den vorgelegten Entwürfen für das Zivildienstgesetz und eine Notstandsverfassung ihren sichtbaren Ausdruck fänden. Der Kongress hat in mehreren politischen Entschlüssen zu diesen Fragen Stellung genommen.

Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR

Der Kongress protestierte in einer einmütigen Entschlüsselung dagegen, daß nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der DDR, die nun schon über ein Jahr praktiziert wird, immer noch keine gesetzliche Regelung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen getroffen wurde. Die zuständigen Organe in der DDR wurden aufgefordert, das Grundrecht der Gewissensfreiheit zu respektieren und gesetzlich zu verankern. Mit dieser Entschlüsselung bekräftigt der Kongress die Forderung des VK auf das Recht der Kriegsdienstverweigerung in Ost und West.

Amnestie für alle politischen Gefangenen

Die Regierungen in beiden Teilen des gespaltenen Deutschlands forderte der Kongress auf, all die Gefangenen zu amnestieren, die in Haft gehalten werden, weil sie für ihre politische Überzeugung eingetreten sind. Durch die Freilassung aller politischen Häftlinge in der Bundesrepublik und in der DDR würde ein erster Schritt zum Abbau des Kalten Krieges und zur Vermenschlichung der Beziehungen zwischen Ost und West getan.

Koordinierung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in einer zukünftigen europäischen Verfassung

Der Kongress trat dafür ein, daß bei einer politischen Vereinigung europäischer Staaten, die ja immer wieder zur Diskussion steht, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in eine evtl. europäischen Verfassung aufgenommen wird. Die Kriegsdienstverweigerer halten auch die Abschaffung der Todesstrafe für eine Grundforderung, die die Unantastbarkeit der Menschenwürde konkretisiert.

Telegramm an Papst Johannes XXIII.

In einem Telegramm an Papst Johannes XXIII. begrüßen die Delegierten die Osterbotschaft und die Enzyklika "Pacem in Terris" und geben der Hoffnung Ausdruck, daß diese Botschaft von allen Staatsmännern beachtet wird.

Telegramm an Rev. Martin Luther King

In einem Telegramm an Martin Luther King nahm der Kongress zu den erfolgreichen, gewaltlosen Massenaktionen in den USA Stellung. In dem Telegramm heißt es wörtlich: "Wir hören mit großer Achtung von den erfolgreichen, gewaltlosen Massenaktionen zur Vermenschlichung der Gesellschaft. Ihr Kampf für Menschenwürde und Recht, gegen Diskriminierung und Terror wird noch für künftige Generationen beispielhaft sein, weil Sie Ihre Gegner nicht zu erniedrigen, sondern zu verändern suchen. In Deutschland, wo die grausamste Rassendiskriminierung stattgefunden hat, wissen wir nur zu gut, daß Demokratie und Menschenverachtung nicht zu vereinbaren sind. Wir ermutigen Sie und Ihre Mitbürger, weiter zu kämpfen, damit Amerika und so die ganze Welt "zu einem besseren Ort für alle Menschen" wird."

Zivildienstgesetz und Notstandsverfassung

Zu den geplanten Gesetzen verabschieden die Delegierten folgende EntschlieÙung: "Der VK-Bundeskongress 1963 sieht in dem geplanten Zivildienstgesetz ein Zeichen für die schleichende, totale Mobilmachung zum Kriege. Ein ganzes Volk soll auf diesem Wege auf das Kriegsführen vorbereitet, an den "Ernstfall" gewöhnt und zum direkten oder indirekten Kriegsdienst gezwungen werden. Die Bürger in der DDR haben unter einer derartigen vollkommenen Erfassung und Militarisierung des gesamten Lebens schon seit langem zu leiden.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer erwartet von den Parlamentariern, daß sie die tiefgehende Gefahr des geplanten Gesetzes erkennen und ihm entschlossen Widerstand bieten, weil es um den Bestand eines freiheitlichen, friedensbereiten Staates geht. Zur Frage einer Notstandsverfassung erklärt der Bundeskongress, daß die im Grundgesetz verankerten Möglichkeiten zum Schutze unserer Demokratie völlig ausreichen. Die von der Bundesregierung vorgelegten Entwürfe für eine Notstandsverfassung könne die Demokratie nicht schützen, sondern müsse sie auf die Dauer ernstlich gefährden.

Der VK erklärt sich solidarisch mit dem DGB-Bundeskongress 1962 von Hannover, der jede zusätzliche Regelung des Notstandes und Notdienstes ablehnt. Die Mitglieder des VK sind aufgerufen, — sich jeder Beschneidung des Grundrechtes zu widersetzen."

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner findet seit Anfang die Unterstützung des Bundesvorstandes und der Gruppen des VK. Viele verantwortliche VK-Mitglieder arbeiten auch an entscheidender Stelle im Ostermarsch mit. Die Delegierten faÙten zum Ostermarsch der Atomwaffengegner folgende EntschlieÙung:

"Der Bundeskongress 1963 des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer begrüÙt die Ostermärsche der Atomwaffengegner — Kampagne für Abrüstung — und sieht in ihnen eine ausgezeichnete, unabhängige, demokratische Initiative, die sich wirksam der Rüstungspolitik und der Verschärfung der politischen Spannungen in beiden Teilen Deutschlands entgegenstellt. Der VK wird weiterhin den Ostermarsch aktiv unterstützen und seine Kräfte und Möglichkeiten dafür einsetzen, daß die Kampagne für Abrüstung in Deutschland weitere Kreise der Bevölkerung ergreifen und in ihrem Kampf gegen die Politik mit der Bombe in Ost und West unbeeinträchtigt verstärken kann.

Insbesondere stellt sich der VK hinter die Forderung des Aufrufs zum Ostermarsch 63, nach der Schaffung einer mitteleuropäischen Entspannungszone, nach Stärke und Ausbau der UNO, zur beschleunigten Durchführung einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung und zum Aufbau einer internationalen Kooperation aller Völker. Die Forderung des Ostermarsches nach einer Sicherheitspolitik, die auf Abrüstung und Verständigung gegründet ist, stellt eins der zentralen Anliegen auch des VK dar.

Im Sinne dieser Erklärung werden alle Mitglieder und Gruppenvorstände aufgefordert, den Ostermarsch zu unterstützen. Darüberhinaus wird der Bundesvorstand beauftragt, den Zentralen Ausschuss des Ostermarsches auch finanziell zu unterstützen."

Vorstandswahl

Zum Vorsitzenden des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer wählte der Kongress den Lehrer Herbert Stubenrauch, Wuppertal wieder. Herbert Stubenrauch ist bereits vor dem Prüfungsausschuss als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkannt.

Zum 2. Vorsitzenden wurde der Geschäftsführer Werner Böwing, Solingen gewählt.

Mit dem Mandat des Schatzmeisters betraute der Kongress den hauptamtlichen Geschäftsführer Klaus Vack, Offenbach.

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt:

Hans-Joachim Arlt, Offenbach
Hans Hammer, Stuttgart
Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen
Günter Lübcke, Hamburg
Horst Maurer, Frankfurt
Hans H. Ploen, Hamburg
Alfred Riedel, Stuttgart
Günter Schlatter, Köln

6050 Offenbach, den 12. Mai 1963 - V - 4

14.5.63



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-7:1

11.7.62

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Presseerklärung zum Luftschutz

Angesichts der zur Zeit in vielen Städten der Bundesrepublik veranstalteten Werbewochen des Bundesamts für Zivilen Bevölkerungsschutz und des Bundesluftschutzverbandes sieht sich der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) zu folgender Stellungnahme veranlaßt:

Alle Bemühungen einer verantwortlichen Regierung haben darauf ausgerichtet zu sein, der Bevölkerung die größtmögliche Sicherheit zu garantieren und den Ausbruch eines Krieges unmöglich zu machen. Mit den Bestrebungen des Bundesluftschutzverbandes wird jedoch versucht, die unwahre und gefährliche Behauptung zu verbreiten, es gäbe in einem Krieg der Zukunft für jeden Bürger die Chance, zu überleben und somit Werte, für die einen Krieg zu führen sich lohnen könnte. Damit wird weiterhin der Krieg als ein denkbare Mittel der Politik eingeplant und die Bevölkerung systematisch auf den "Ernstfall" vorbereitet. Deshalb erblickt der VK in der Arbeit der Luftschutzverbände, die von dem Bundesinnenminister unterstützt wird, einen gefährlichen Beitrag zur Kriegsvorbereitung. Da keine Maßnahmen getroffen werden, um tatsächlich jedem Bürger eine reelle Chance für den Atom-Krieg zu gewährleisten - solche Sicherheitsvorkehrungen würden nach Schätzung der Fachleute 30-50 Milliarden DM kosten und erst in 10-15 Jahren fertiggestellt sein, - müssen die lächerlichen und zynischen Ratschläge, die das Bundesamt für Zivilen Bevölkerungsschutz für das Verhalten während des Atomkrieges ausgibt, als eine Verhöhnung des Rechts auf Leben des einzelnen Bürgers bezeichnet werden. Die Arbeit der Luftschutzverbände dient lediglich dazu, die unvorstellbaren Folgen eines Krieges zu verharmlosen und die Bevölkerung in den Schlummer einer Sicherheit einzuwiegen, die es gar nicht gibt.

Wenn die Bundesregierung auf der einen Seite die militärische Aufrüstung gewaltig forciert und auf der anderen Seite sich wohl darüber im Klaren ist, daß das Aufrüstungsergebnis "Krieg" alles Leben in unserem Lande ausrotten wird, und wenn diese Regierung trotzdem die Bevölkerung unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zu einem "Schutz" vor dem Krieg mittels Feuerpatsche und Erdloch anhält, dann kann eine solche Politik nur als arglistige Täuschung und bewußte Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnet werden.

Der VK betont ausdrücklich das Recht auf Schutz und Sicherheit eines jeden Bürgers. Die Luftschutz- "Spielereien" dienen nicht dieser Sicherheit sondern setzen sie in ein makabres Licht.

herausgeber: pressestelle beim bundesvorstand des verbandes der kriegsdienstverweigerer e.v., 605 offenbach (main), waldstraße 99

ruf: 88 37 64, postcheckkonto: 1870 hamburg

Nur dauerhafter Friede kann in unserer Zeit dauerhaften Schutz bedeuten. Aufrüstung und Krieg, Luftschutz und alle anderen Attribute einer schleichenden Mobilmachung dienen nicht der Friedenssicherung sondern der Erhöhung der Kriegsgefahr. Allein eine Politik ohne Bombe, nur Abrüstung und Verständigung und die Entwicklung neuer, realistischer Möglichkeiten einer un-militärischen Verteidigung können den Frieden sichern und der Bevölkerung die Chance einer gesicherten Zukunft geben.

Der VK ersucht die parlamentarische Opposition, von der Bundesregierung Aufklärung darüber zu verlangen, in welcher Weise sie in Zukunft die Sicherheit der Bevölkerung zu schützen gedenkt und dafür Sorge zu tragen, daß nicht mehr länger die Bevölkerung durch die Bemühungen des Bundesluftschutzverbandes und ähnlichen Stellen über die tödliche "Sicherheit" des Atomkrieges im Unklaren gelassen wird.

Offenbach (Main), den 11. Juli 1962 - st



pressediensst

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718 - 7 - 8

30. 11. 63

30. 11. 63

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

"TAG DER GEFANGENEN FÜR DEN FRIEDEN" IN DER BUNDES-REPUBLIK

Von Freitag bis Sonntag veranstaltet der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. in mehreren Städten der Bundesrepublik zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" vor 20 Botschaften und Konsulaten Mahnwachen und Demonstrationen. Sinn dieser Aktion ist es, auf die Regierungen der Länder einzuwirken, die zwar die allgemeine Wehrpflicht eingeführt aber in ihrer Gesetzgebung keinen Schutz für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen kodifiziert haben. Bekanntlich ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dieses Recht verankert. Viele Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer sind wegen ihrer konsequenten Ablehnung jeglichen Waffendienstes in Gefängnissen östlicher und westlicher Staaten inhaftiert.

In einer Erklärung die in Verbindung mit den Mahnwachen und Demonstrationen in den Botschaften oder Konsulaten - zum Beispiel der Länder Argentinien, Belgien, Chile, Kuba, Frankreich, Griechenland, Irak, Israel, Italien, Jugoslawien, Mexico, Schweiz, Spanien, UdSSR, Vereinigte Arabische Republik - überreicht wurde, heißt es: "Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik Deutschland sieht in der Tatsache, daß noch nicht in jedem Land das Recht der Gewissensfreiheit gesetzlich garantiert ist, eine Mißachtung elementarer Menschenrechte. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer richtet deshalb an die Regierungen aller Länder, in denen keine gesetzliche Regelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung besteht, die Forderung, eine solche umgehend herbeizuführen."

In mehreren Botschaften und Konsulaten waren die Empfänger der Erklärung zu einem Gespräch bereit. Man zeigte sich sehr aufgeschlossen und sicherte eine sorgfältige Prüfung des Anliegens zu.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer und die Pazifisten aller Länder werden weiterhin mit ihren Kräften für die gesetzliche Verankerung des Rechtes auf Kriegsdienst-

verweigerung eintreten.

ZUR KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG IN DER DDR

Eine Gruppe von 15 Mitgliedern des VK wollte eine Petition bei der Volkskammer der DDR übergeben, in der gefordert wird, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR gesetzlich anzuerkennen. Es war geplant, vor dem Gebäude der Volkskammer eine Mahnwache zu veranstalten, bei der mit Transparenten für diese Forderung eingetreten werden sollte.

Einige Abgeordneten der Volkskammer erklärten sich bereit, die Petition entgegen zu nehmen und mit den Kriegsdienstverweigerern über das Problem zu diskutieren. Die Mahnwache wurde verboten.

Die Vertreter der Volkskammer erklärten, daß es nicht möglich und nicht beabsichtigt ist, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR einzuführen. Die Vertreter des VK setzten sich in der Diskussion entschieden für freie Gewissensentscheidung auch in der DDR ein. Eine Übereinkunft konnte nicht erzielt werden.

GRÜSSKARTEN FÜR HEINZ BRANDT

Zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" und aus Anlaß des bevorstehenden Weihnachtsfestes hat der Bundesvorstand des VK seine Mitglieder gebeten, durch Postkartengrüße ihre Verbundenheit mit dem in der DDR inhaftierten Gewerkschaftsredakteur, Heinz Brandt, zu bekunden.

6050 Offenbach, den 30. November 1963 - 14 - Vack

30.11.63



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-9

20. 1. 64
20. 1. 64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz veröffentlicht

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) veröffentlichte heute einen "Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz", der von dem Bundesvorstandsmitglied, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen, verfaßt ist.

Der Gegenentwurf sieht das zentrale Programm einer Notstandsverfassung in der Möglichkeit eines Mißbrauchs der besonderen Notstandsvollmachten. Er schlägt als Lösung dieses Problems die Übertragung der Notstandsvollmachten auf besondere Notstandsorgane vor, die mit Vertrauensleuten der Regierungskoalition und der Opposition paritätisch besetzt sein sollen.

Weiter schlägt der Gegenentwurf vor, bestimmte Grundrechte, insbesondere das Recht der Pressefreiheit, für die Dauer eines Notstandes vor jeder Einschränkung zu schützen. In der allgemeinen Begründung des Gegenentwurfs heißt es hierzu: "Mag es für die Einschränkung von Freiheitsrechten in Notzeiten Vorbilder in anderen Ländern geben, die eine alte demokratische Tradition haben, ein Land mit der Vorgeschichte Deutschlands kann sich ein solches Experiment nicht leisten. Wenn die Demokratie in Deutschland einen Notstand überleben soll, muß es während der ganzen Dauer des Notstandes eine freie Presse geben."

Dem Bundesverfassungsgericht weist der Gegenentwurf die Aufgabe zu, alle Notgesetze und Maßnahmen während der Dauer des Notstandes von Amts wegen auf ihre Verfassungsmäßigkeit prüfen zu können. Ferner ist eine Lösung für den Fall einer Funktionsunfähigkeit des Bundesverfassungsgerichts ausgearbeitet.

Der Gegenentwurf übt Kritik am Regierungsentwurf und stellt fest: "Die Notstandsverfassung eines demokratischen Staates muß anders aussehen, als die eines totalen Staates. Wenn in den als "Notstandspaket" bekanntgewordenen Entwürfen der Bundesregierung immer wieder unter Bezugnahme auf die "Erfahrung zweier Weltkriege" eine stärkere Zentralisierung und eine noch totalere Inpflichtnahme der Bevölkerung gefordert wird, als dies Kaiser Wilhelm und Hitler gelungen war, so äußert sich darin ein Bewußtsein, dem der grundsätzliche Unterscheid zwischen jenen nach dem Prinzip der Staatsräson obrigkeitlich regierten Staatssystem

b.w.

und einer von der Freiheit und Würde des Menschen ausgehenden Staatsordnung verschlossen geblieben ist. Die Notstandsverfassung unseres freiheitlich-demokratisch konzipierten Staates muß versuchen, die freiheitlichen Verfassungsprinzipien des Grundgesetzes in einer auf die Bedürfnisse eines Notstandes zugeschnittenen Vereinfachung aufrechtzuerhalten."

Der "Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz" von Rechtsanwalt Hannover ist ein positiver Beitrag zur Diskussion. Darüber hinaus steht der Verband der Kriegsdienstverweigerer zu seiner grundsätzlichen Auffassung, daß die im Grundgesetz verankerten Möglichkeiten zum Schutze unserer Demokratie völlig ausreichen.

Der "Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz" ist diesem Pressedienst beigelegt. Nachdruck, auch auszugsweise, erlaubt.

Offenbach, 20. Januar 1964 - Vack - 1

20. 1. 64



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-10

27.2.64

28.2.64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

STERBEN US-FRIEDENSMARSCHIERER DEN FASTENTOD?

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) hat in Telegrammen an US-Präsident Johnson und an den Bürgermeister der Stadt Albany im südlichen Bundesstaat Georgia die sofortige Freilassung und Versammlungsfreiheit für die Teilnehmer am Friedensmarsch von Quebec über Washington nach Guantanamo gefordert.

Seit 23. Dezember stehen in Albany die etwa 15 - 20 Marschteilnehmer, die für eine gewaltfreie Lösung des Konflikts zwischen den USA und Kuba eintreten - Männer, und Frauen, Weiße und Schwarze - mit den städtischen Behörden im gewaltlosen Kampf um das Recht, im Stadtzentrum und im Negerviertel demonstrieren zu dürfen - wie ein US-Bundesgesetz es garantiert.

14 der Teilnehmer waren vom 23. 12. bis 16.1.1964 inhaftiert, weil sie ihren Demonstrationszug nicht auf die Außenbezirke der Stadt beschränkt hatten. Aus Protest gegen die Beschneidung des Rechtes ihrer freien Meinungsäußerung waren sie in einen Hungerstreik getreten. Nach ihrer Entlassung versuchten sie zusammen mit örtlichen und hinzugekommenen Freunden erneut, auf der von ihnen gewünschten Route, zu demonstrieren. Sie wurden abermals verhaftet. Jetzt sind 25 Personen inhaftiert, und 12 setzen ihren Hungerstreik fort. Zwei Mädels werden mit intravenösen Vitaminspritzen am Leben gehalten, die in einem Fall bereits Krämpfe bewirken, und einige der Männer werden zwangsweise mit Orangensaft gefüttert. Obwohl es auf diese Weise möglich ist, längere Zeit das Leben zu erhalten, kann sich ein solches Fasten doch in dauernden Schäden der Nieren oder anderer lebenswichtiger Organe niederschlagen. Die Lage ist nun durchaus kritisch, und es besteht sehr große Wahrscheinlichkeit, daß einer der Marschteilnehmer aufgrund seines Fastens sterben wird.

Obwohl die Friedensmarschierer durch diese konsequente Fastenaktion dem Ernst ihres Anliegens unmißverständlich Ausdruck geben, zeigen sich die Behörden unnachgiebig. Sie sind sich bewußt, wenn sie das Recht zu Demonstrationen und Flugzettelverteilung jetzt den Friedensmarschierern einräumen, daß es dann unmöglich wird, dieselben Rechte den Negern vorzuenthalten, wie es jetzt noch der Fall ist. Andererseits befürchten die Behörden der Stadt Albany auch die Rückwirkungen, die der eventuelle Tod

eines Marschierers haben würde. Bereits die wachsende Zahl von vielfältigen Protesten in und aus aller Welt gibt ihnen zu denken.

MATERIAL

Der "Marsch für den Frieden" begann am 26. Mai 1963 in Quebec, Kanada, und wird nach der amerikanischen Marinebasis Guantanamo auf Kuba führen. Durch diesen aufgrund des Kuba-Konflikts beschlossenen Marsch soll die Gefährlichkeit jeder Macht- und Rüstungspolitik den Menschen möglichst einprägsam nahegebracht und eine gewaltfreie Lösung der Kuba-Krise gefordert werden. Die Marschierer sprechen überall auf der Route über Gewaltlosigkeit und versuchen, die Bevölkerung über die Möglichkeiten gewaltloser Methoden zur Konfliktlösung zu unterrichten und deren Verwirklichung zu fordern. Sie treten dafür ein, daß Kuba von sämtlichen sowjetischen und amerikanischen Streitkräften geräumt und militärisch neutral wird und fordern die Freizügigkeit des Aufenthalts für Kubaner und Amerikaner zwischen Kuba und USA.

Bradford Lyttle, Koordinator des Marsches, hofft als Teilnehmer des San-Franzisko-Moskau-Marsches 1960/61, bei dem im Zentrum zahlreicher Städte der Sowjetunion, an einem Radar-Stützpunkt der Roten Armee nahe Moskau und unter anderem vor dem polnischen Verteidigungsministerium Flugblätter verteilt wurden und demonstriert worden ist, daß der amerikanische Bundesstaat Georgia - und später Florida sowie Kuba - doch noch gleiche Rechte gewähren werde.

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, daß zu den Unannehmlichkeiten gegen die Marschierer wesentlich die Tatsache beiträgt, daß drei von ihnen Farbige sind. Im "Südstaat" Georgia ist es ja schließlich auch zur ersten Inhaftierung der Gruppe seit ihrem Marsch von Quebec aus gekommen. Zu dieser Schwierigkeit der Rassendiskriminierung wird in Florida, wohin die Marschierer demnächst kommen werden, noch hinzukommen, daß die dort zahlreich lebenden Exilkubaner bestimmt keine Förderer der Gewaltlosigkeitsbemühungen der Gruppe sind.

6050 Offenbach, den 27. Februar 1964 - Maurer



ED 718-7-11

pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Freibetrag auch für Kriegsdienstverweigerer gefordert

Einer Dpa-Meldung, die am Freitag in der Presse publiziert wurde, ist zu entnehmen, daß im Bundesfinanzministerium gegenwärtig Pläne geprüft werden, Wehrpflichtigen nach ihrem Dienst bei der Bundeswehr einen Steuerfreibetrag zu gewähren. In der Dpa-Meldung heißt es: "... sie sollen damit einen Ausgleich gegenüber denjenigen erhalten, die entweder vom Wehrdienst freigestellt werden oder nur einen Ersatzdienst ableisten."

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK) hat sich sofort in einem Brief an den Bundesminister der Finanzen gewandt und den Gedanken begrüßt, "den Staatsbürgern einen steuerlichen Freibetrag zu gewähren, die während einer Zeitdauer von 18 Monaten aus ihrem Berufs- und Erwerbsleben herausgenommen werden".

Der VK schreibt weiter: "Dieser Ausgleich muß aber auch den Kriegsdienstverweigerern gewährt werden, die den sogenannten zivilen Ersatzdienst ableisten, da diese für die gleiche Zeitdauer wie die Wehrpflichtigen ihrem Zivilberuf nicht nachgehen können und lediglich Bezüge in Höhe des Wehrsolds erhalten. Eine abweichende Behandlung der ersatzdienstleistenden Kriegsdienstverweigerer bei der Gewährung von Steuervorteilen würde dem Gleichheitsgrundsatz widersprechen (Art.3 Grundgesetz). Der ersatzdienstpflichtige Kriegsdienstverweigerer ist in gleichem Maße wie der Wehrdienstpflichtige gegenüber den Staatsbürgern benachteiligt, die vom Wehr- oder Ersatzdienst freigestellt sind und ihrem Beruf ungehindert nachgehen können."

Der VK schließt sein Schreiben mit der Aufforderung an den Bundesminister der Finanzen, "in der geplanten Regelung auch die Gewährung eines steuerfreien Betrages für ersatzdienstleistende Kriegsdienstverweigerer vorzusehen".

605 Offenbach, den 6.3.1964 - Vack - 3

7. 3. 64



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

Zur Kenntnisnahme

20. 3. 64

25. 3. 64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ostermarsch-Betrachtungen so oder so?

Den bundesdeutschen Zeitungen, hunderten von Journalisten, Funktionären in Gewerkschaften und der SPD, voran aber den Verantwortlichen in den Ostermarsch-Ausschüssen auf oberster und unterster Ebene ging . in den letzten Wochen die Broschüre 'Ostermarsch-Betrachtungen' eines Herrn Robert Jenke (?) zu, die als politischer Leitfaden für die Teilnehmer am Ostermarsch 1964 gedacht ist.. Herr Jenke, der sich bemühen wollte, 'den Mut zur Wahrheit nicht zu scheuen', ließ seine Schrift in einem sogenannten 'Brückenbauer-Verlag, Köln-Riehl' erscheinen, der bisher in keinem Verlags- oder Adressenverzeichnis aufzufinden war. Herr Jenke hat auch darauf verzichtet, in seinen Ostermarsch-Betrachtungen die herstellende Druckerei anzugeben, schickt dafür aber unverlangt und ohne Absenderabgabe seine Schrift an tausende und übertausende Adressaten.

Da die 'Ostermarsch-Betrachtungen' versuchen, unter dem Deckmantel geheuchelter Wahrhaftigkeit, eine große Verleumdungskampagne gegen die Ostermarsch-Bewegung 'Kampagne für Abrüstung' zu starten, sah sich der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK), als einer der Träger der Kampagne für Abrüstung veranlasst, eine Sonderausgabe seiner Verbandszeitschrift ZIVIL herauszugeben.

Wir erlauben uns, der Presse beigelegt ein Exemplar unserer 'Ostermarsch-Betrachtungen' zu überreichen und hoffen, daß dies dem eindeutigen Nachweis dienstüber die Unabhängigkeit der Kampagne gegenüber allen im Kalten Krieg einseitig orientierten Kreisen.

Wir veröffentlichen in dieser Sondernummer, ausser dem Leitartikel, ausschließlich dokumentarisches Material, das eindeutig zum Ausdruck bringt, daß sich die Kampagne für Abrüstung von Anfang bis heute in gleicher Schärfe gegen die Atomwaffen - Militär- und Machtpolitik in Ost und West gewandt hat.

Offenbach, 20. März 1964 - Vack - 4

25. 3. 64



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

3. 5. 64
5. 5. 64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

VK - Bundeskongreß in Hamburg

Vom 1. - 3. Mai 1964 veranstaltete der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK) im Gewerkschaftshaus in Hamburg seinen diesjährigen Bundeskongreß. An dem Kongreß nahmen die rd. 150 Delegierten von 70 Gruppen aus der Bundesrepublik teil, die über 10 000 organisierte Kriegsdienstverweigerer vertreten.

Arbeitsbericht des Vorstandes

In seinem Arbeitsbericht konnte der Vorsitzende, Herbert Stubenrauch, darauf hinweisen, daß die Zahl der anerkannten Kriegsdienstverweigerer, besonders auch aus der Mitgliedschaft des Verbandes, ständig steigt. Zur Aufklärung über die geplanten Zivildienstgesetze und die Notstandsverfassung hat der Verband zwei Gegenschriften von Rechtsanwalt Heinrich Hannover publiziert, die in einer hohen Auflage die Bevölkerung auf die Gefahr, die für die Demokratie mit Annahme dieser Gesetze verbunden ist, aufmerksam machen sollen. Im Vordergrund der politischen Tätigkeit des VK stand wieder eine ausführliche Aufklärungsarbeit über die Möglichkeiten aufgrund des Artikels 4, Absatz 3 des Grundgesetzes, den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern. Herbert Stubenrauch forderte, daß in den Lehrplänen der politischen Bildung in den Schulen nicht nur über die Bundeswehr gesprochen und aufgeklärt werde, sondern daß auch die Frage der Kriegsdienstverweigerung zur Diskussion gestellt werden müsse.

In einer Solidaritätsaktion für die Farbigen in den USA hat der Verband erhebliche Geldspenden gesammelt und dem Führer der amerikanischen pazifistischen Bewegung, Bayard Rustin, überwiesen.

Podiumsdiskussion "Kriegsdienstverweigerer - Schwärmer oder Realisten"

Aus Anlaß des Kongresses diskutierten in einer öffentlichen Podiumsveranstaltung Vertreter des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer mit Persönlichkeiten wie Erich Lüth (Leiter der Pressestelle des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg), Professor Dr. Hans Joachim Heydorn (Frankfurt), Gerd Zwerenz (Schriftsteller) und Dr. Arno Klönne (Publizist) über die Streitfrage, inwieweit die

- 2 -

Kriegsdienstverweigerung eine reale Chance bietet, zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Die Diskussionsteilnehmer vertraten oft sehr unterschiedliche Positionen, stellten jedoch alle anerkennend fest, daß die Kriegsdienstverweigerung als persönlicher Akt praktizierter Demokratie eine große Bedeutung für jeden freiheitlichen Rechtsstaat habe. Es dürfe jedoch nicht bei der Kriegsdienstverweigerung bleiben. Der Kriegsdienstverweigerer und der Kriegsdienstverweigererverband müßten in Auseinandersetzung und Zusammenarbeit, auch mit Andersdenkenden, reale Wege zur Friedenssicherung aufzeigen.

Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR

Der Kongreß beschloß einen Appell an die Volkskammer der DDR, ein Gesetz zu schaffen, welches den Bürgern in der DDR das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gibt. Der VK praktiziert aktiv das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Bundesrepublik und tritt für eine politische Entspannung zwischen Ost und West ein. Er sieht in der Kriegsdienstverweigerung eine Möglichkeit, die erhärteten Fronten des Kalten Krieges aufzuweichen und an der Verhinderung eines Krieges mitzuwirken.

Zivildienstverweigerung

Der Kongreß bestätigte die durch frühere Beschlüsse dokumentierte ablehnende Haltung des VK zu den geplanten Zivildienstgesetzen. Der VK sieht in diesen Gesetzen ein Zeichen für eine schleichende Mobilmachung.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Zivildienstgesetzes sieht die zwangsweise Heranziehung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung zur Arbeit für verteidigungswichtige Aufgaben vor. Der Bundeskongreß stellt dazu fest: "Wer eine solche Dienstleistung mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, ist durch das Grundrecht der Gewissensfreiheit (Art. 4, Abs. 1 GG.) geschützt und damit zur Zivildienstverweigerung berechtigt."

Informationen für die Truppe

Der Kongreß verurteilte die Verteilung der Schrift "Informationen für die Truppe" an den Schulen. Er appellierte an den Bundestag, diese Schrift zu überprüfen. Der Inhalt steht nach Auffassung der Kriegsdienstverweigerer nicht im Einklang mit der Aufgabe, die Jugend im Sinne der Völkerverständigung und im Geiste der Demokratie zu erziehen.

Vormilitärische Ausbildung in der DDR

In einer weiteren Resolution lehnte der Kongreß die vormilitärische Erziehung und Ausbildung in der DDR, wie sie insbesondere innerhalb der FDJ und der Gesellschaft für Sport und Technik betrieben wird, ab.

Luftschutz

Sehr ausführlich beschäftigte sich der Kongreß mit dem seit Monaten vom Bundesluftschutzverband mit großem finanziellen Aufwand propagierten Aufbau eines Luftschutzsystems in der Bundesrepublik.

Nach Meinung der Kriegsdienstverweigerer stehen die Luftschutzvorbereitungen in engstem Zusammenhang mit den übrigen Notstandsplanungen und sollen bei der totalen Erfassung der Gesellschaft mithelfen. Sie sind damit als reale Kriegsvorbereitung anzusehen. In einem Atomkrieg hat ein Volk nur dann eine bescheidene Chance des Überlebens, wenn es durch seine Politik verhindert, zum Kriegsschauplatz zu werden. "Sinnvoller" Luftschutz setzt eine aktive Friedenspolitik voraus. In der Bundesrepublik ist diese Voraussetzung nicht erfüllt. Luftschutz- und Notstandsplanungen verhindern hier eine Friedenspolitik und wurden deshalb von dem Kongreß abgelehnt.

Friedenssicherung und Abrüstung

Der frühere Bundesvorsitzende des VK, Wilhelm Keller, referierte bei dem Kongreß über das Thema "Sicherung des Weltfriedens ohne Gewalt?". Im Anschluß an eine sehr ausführliche Diskussion beauftragte der Kongreß den Bundesvorstand des Verbandes, zu prüfen, "inwieweit es sich technisch realisieren läßt, daß der VK dem UN Generalsekretär U Thant eine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern anbietet, die sich freiwillig für den Sanitätsdienst oder anderen waffenlosen Hilfsdienst im Rahmen der UN-Exekutive zur Verfügung stellt (zur Zeit für den Einsatz auf Cypern). Der Einsatz der Kriegsdienstverweigerer sollte dazu dienen, vor allem der leidenden Zivilbevölkerung eines vom Kriege heimgesuchten und bedrohten Landes zu helfen und durch die selbstlose Hilfe für alle vom Kriege betroffenen Menschen den streitenden Parteien und der Welt ein Beispiel echter Friedensbereitschaft zu geben.

An die Bundesregierung richtete der Bundeskongreß die Aufforderung, eine Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung bzw. ein Bundesamt für Friedensforschung einzurichten.

UN Vermittler für Deutschland

Außerdem empfahl der Kongreß den Regierungen der Siegermächte des zweiten Weltkrieges, sowie der Bundesregierung und der Regierung der DDR, die Dienste eines Vermittlers der UN in Anspruch zu nehmen. Der Vermittler sollte sich bemühen, bei der Beseitigung der innerdeutschen Spannungen mitzuwirken. Es wäre seine Aufgabe, unabhängig von den Problemen der gegenseitigen Anerkennung, Vereinbarungen über Freizügigkeit innerhalb Deutschlands, Informationsaustausch, Freilassung der politischen Häftlinge und über andere humanitäre Anliegen aller Deutschen herbeizuführen.

Kampagne für Abrüstung

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer zählt bekanntlich zu den Initiatoren der Ostermarschbewegung und ist sehr stark bei der Vorbereitung und Organisation der Märsche und anderer Aktionen

der Kampagne für Abrüstung beteiligt. Der Bundeskongreß begrüßte die Forderungen der Kampagne für Abrüstung nach einer atomwaffenfreien und militärisch verdünnten Entspannungszone in Mitteleuropa, weil hier gangbare Wege zur Abrüstung aufgezeigt werden, die geeignet sind, die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zu bannen. In diesem Sinne unterstützt der Verband der Kriegsdienstverweigerer auch den Friedensplan des UN Generalsekretärs U Thant. Die Vorschläge der Kampagne für Abrüstung liegen im wohlverstandenen Interesse von Ost und West und verlangen von keinem der Machtblöcke eine Vorleistung. Umso-mehr bedauerte der Kongreß, daß diese Vorschläge von führenden Politikern in Bonn und Ostberlin falsch dargestellt werden. Dadurch werde die Kampagne diffamiert. Der VK wird immer dafür eintreten, daß die Kampagne für Abrüstung unabhängig von allen im Kalten Krieg einseitig orientierten Kräften einen echten Beitrag zur Entspannung leisten kann.

Vorstandswahl

Zum Vorsitzenden des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer wählte der Kongreß den Lehrer Herbert Stubenrauch (Wuppertal) wieder. Herbert Stubenrauch ist anerkannter Kriegsdienstverweigerer.

Zum zweiten Vorsitzenden wurde Alfred Riedel (Stuttgart) gewählt, der ebenfalls als Kriegsdienstverweigerer anerkannt ist und seinen zivilen Ersatzdienst abgeleistet hat.

Mit dem Mandat des Schatzmeisters betraute der Kongreß den Geschäftsführer des Verbandes, Klaus Vack (Offenbach).

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Egon Becker (Darmstadt), Werner Böwing (Solingen), Hans Hammer (Stuttgart), Rechtsanwalt Heinrich Hannover (Bremen), Winfried Hille (Duisburg), Dr. Fritz Katz (Iserlohn), Horst Maurer (Frankfurt) und Hans H. Ploen (Hamburg).

Hamburg, den 3. Mai 1964 - 5 - Vack -

5. 5. 64



pressediensst

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Heinz Brandt

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK) hat mit Freude von der Amnestie und Entlassung des Gewerkschaftsredakteurs, Heinz Brandt, aus dem DDR-Zuchthaus Bautzen erfahren. Der VK hat sich immer sehr leidenschaftlich für eine Freilassung Brandts eingesetzt und in diesem Sinne in den internationalen pazifistischen Organisationen gewirkt. Ein Angebot des VK an den Staatsrat der DDR, daß 52 anerkannte Kriegsdienstverweigerer und Facharbeiter je ein Vierteljahr in der DDR arbeiten und Heinz Brandt dafür seine Freiheit erhält, fand in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit ein gutes Echo und auch die Unterstützung des VK-Ehrenmitglieds Bertrand Russell.

Aus Anlaß der Freilassung von Heinz Brandt richtet der VK an die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR erneut die Forderung, alle politischen Gefangenen diesseits und jenseits der Grenze, denen keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden können, zu amnestieren. Durch die Freilassung aller politischen Häftlinge in der Bundesrepublik und in der DDR würde ein erster Schritt zum Abbau des kalten Krieges und zur Vermenschlichung der Beziehungen zwischen Ost und West getan.

Offenbach, 25. Mai 1964 - Vack

27. 5. 64



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Luftschutzhelfertag in Hamburg

Am 30./31. Mai 1964 veranstaltet der Bundesluftschutzverband in Hamburg mit einer Großaktion einen sogenannten Luftschutzhelfertag. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resister's International e.V. (VK) nimmt den Luftschutzhelfertag zum Anlaß, um gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen in Hamburg zu demonstrieren, daß die Kriegsdienstverweigerer die Arbeit des Bundesluftschutzverbandes ablehnen. Hierzu stellt der VK fest:

Seit Monaten propagiert der Bundesluftschutzverband mit großem finanziellen Aufwand den Aufbau eines Luftschutzsystems in der Bundesrepublik. Die Folgen eines mit Atomwaffen geführten Krieges werden dabei zwar als verheerend dargestellt, aber gleichzeitig behauptet, daß es genügend Schutzmöglichkeiten gäbe. In wissenschaftlich völlig unhaltbarer Weise werden dabei Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg und des Atombombenabwurfs auf Hiroshima auf einen möglichen 3. Weltkrieg übertragen. Der Bevölkerung wird hierbei systematisch verheimlicht,

- + daß ein Kostenaufwand von 150 - 170 Milliarden DM erforderlich ist, um die Zahl der möglichen Opfer um 2/3 zu reduzieren;
- + daß die gesamte westdeutsche Bauindustrie 10 - 15 Jahre nur Schutzbauten errichten müßte, um diesen Minimalschutz zu leisten;
- + daß es nach einem Atomkrieg unmöglich ist, den Verletzten ärztliche Hilfe zu gewähren;
- + daß das Transportsystem und die Nahrungsmittelversorgung zusammenbrechen würden.

Die vorgeschlagenen und eingeleiteten Schutzmaßnahmen bieten also nur illusionären Schutz. Sie sollen der Bevölkerung die irrige Hoffnung auf ein Weiterleben nach einem Atomkrieg geben, um die atomare Strategie als Mittel der Politik rechtfertigen zu können. Die Luftschutzvorbereitungen stehen in engstem Zusammenhang mit den übrigen Notstandsplanungen, sollen bei der totalen Erfassung der Gesellschaft mithelfen. Sie sind damit als reale Kriegsvorbereitung anzusehen. In einem Atomkrieg hat ein Volk nur dann eine bescheidene Chance des Überlebens, wenn es durch seine Politik verhindert, zum Kriegsschauplatz zu werden, also schlimmstenfalls im Randgebiet der Zerstörung liegt. "Sinnvoller" Luftschutz setzt eine aktive Friedenspolitik voraus, er ersetzt sie nicht. In der Bundesrepublik ist diese Voraussetzung nicht erfüllt. Luftschutz- und Notstandsplanungen verhindern hier eine Friedenspolitik, sie sind also entschieden abzulehnen.

- Offenbach, den 28. Mai 1964 - 7 - Vack -
herausgeber: pressestelle beim bundesvorstand des verbandes der kriegsdienstverweigerer e.v., 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 883764, postscheckkonto: 1870 hamburg

27. 5. 64

PRESSEDIENST

der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF)

Deutsche-Friedens-Gesellschaft (DFG), Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK),
Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK),
Welt-Organisation der Mütter aller Nationen (WOMAN).

Wir bitten um Kenntnisnahme und Presseverwertung nachstehender Notiz:

Wehrpflicht für Frauen ? -
Petition der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände an
den Deutschen Bundestag

In Art. 12, Abs. 3 des Grundgesetzes ist festgelegt:

"Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden. Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen sie auf keinen Fall verwendet werden."

Zeitungsmeldungen der letzten Tage ist zu entnehmen, daß das Verteidigungsministerium darauf drängt, durch Grundgesetzänderung die Möglichkeit zur Verpflichtung von Frauen zum Dienst im Bereich der Bundeswehr zu schaffen. Eine solche Änderung würde bedeuten, daß das oben zitierte Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet würde.

Unter Berufung auf Art. 19, Abs. 2 des Grundgesetzes, der eine solche Verletzung in keinem Fall zuläßt, hat die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände den Bundestag, insbesondere den Verteidigungsausschuss, den innenpolitischen Ausschuss, den Rechtsausschuss und den Petitionsausschuss aufgefordert, eine Verletzung des Grundgesetzartikels 12, Abs. 3 zu verhindern.

Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände
Präsident Prof. Dr. F. Siegmund Schultze

Für die Deutsche Friedensgesellschaft, gez. August Bangel
Für die Internationale der Kriegsdienstgegner, gez. Herbert Günneberg
Für den Internationalen Versöhnungsbund, gez. Oberkirchenrat
Dr. Heinz Kloppenburg DD

Für den Verband der Kriegsdienstverweigerer, gez. Herbert Stubenrauch
Für die Welt-Organisation der Mütter aller Nationen, gez.
Christel Küpper

6050 Offenbach, den 2. Juni 1964

4. 6. 64 V.

Verantwortlich: Frau Christel Küpper, 8 München 19, Hengelerstraße 3/II, Tel. 6 27 31

Um ein Belegexemplar wird gebeten. Postscheckkonto: ADF Dortmund, PSA Dortmund, Nr. 5 38 67



pressediensst

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

"Territoriale Reserve"

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer stellt mit Besorgnis fest, daß in der Bundesrepublik eine neue Kampfgruppe aufgebaut wird, die sich "Territorialreserve" nennt und, laut jüngsten Mitteilungen des Bundesministers für Verteidigung, nicht der NATO unterstellt sein wird.

Bei Verwirklichung dieses Planes würde die Bundesregierung damit über Einheiten verfügen, deren Verwendung nicht mehr durch internationale Verträge und nur für ausdrücklich vorher festgelegte "Verteidigungsfälle" möglich ist, wie dies bei der in die NATO integrierten Bundeswehr der Fall ist. Die sogenannte "Territorialreserve", wie auch das Drängen der Bundesregierung nach einer Beteiligung an der multilateralen Atomstreitmacht (MLF) sind geeignet, das Ansehen der Bundesregierung im Ausland zu schädigen. Diese Militärpolitik gefährdet die Entspannungsbemühungen der Großmächte, weil sie das Mißtrauen gegen einen möglichen Revanchismus verstärkt und die deutschen Beteuerungen zu einer friedlichen Lösung aller Probleme gelangen zu wollen, unglaubwürdig erscheinen läßt.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, sich einem Vertrag auf Gewaltverzicht anzuschließen und die Fragen der deutschen Ost-Grenze in absehbarer Zeit zu klären und eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.

Offenbach, 8. Juni 1964 - 8 - Vack

11. 6. 64



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-19

30.7.64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

PRESSEKONFERENZ DER WAR RESISTERS INTERNATIONAL

=====

Sehr verehrte Damen und Herren von der Presse, in dieser Woche tagt im ev. Priesterseminar in Mainz der internationale Rat der War Resisters' International (WRI).

Aus diesem Anlaß veranstaltet der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) in Zusammenarbeit mit der WRI am kommenden Samstag, den 1. August 1964, 19.30 Uhr im Festsaal, Börsenplatz 2 eine Kundgebung, zu der wir eine Einladung beifügen.

Wir laden darüber hinaus zu einer Pressekonferenz ein für 1. August 1964, 18.30 Uhr im Nebensaal zum Festsaal, Börsenplatz 2.

Zu Ihrer Verfügung stehen die Redner der Veranstaltung, sowie Sprecher der War Resisters' International, die sicher in der Lage sind, einiges Interessantes über die internationale Rats-tagung zu berichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Klaus Vack
(Klaus Vack)

VK

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.
605 Offenbach/Main, Waldstraße 99

PRESSEDIENST

5.8.64

3.8.64

Internationale Ratstagung der War Resisters' International
in Mainz-Kastel

Der internationale Rat der War Resisters' International (WRI) hielt seine Jahrestagung in Mainz-Kastel vom 28. Juli bis 1. August 1964. Zwölf Ratsmitglieder aus acht verschiedenen Ländern nahmen teil, unter ihnen der Sozialreformer Danilo Dolci aus Sizilien, der französische Wirtschaftler Pierre Martin-Dumeste, der in Westafrika landwirtschaftliche Entwicklungsarbeit betreibt, der Norweger Niels Mathieson, z.Zt. Genf, Sekretär des Internationalen Friedensbüros, der belgische Sachverständige für Afrika Probleme Jean van Lierde, Hagbard Jonassen, Universität Kopenhagen, der Direktor des dänischen Hilfswerks im Nachkriegsdeutschland und jetzt für die Entwicklungsländer, Hugh Brock, der Organisator des ersten Aldermaston-Marsches und frühere Herausgeber der internationalen Wochenzeitschrift PEASE NEWS (London), Michael Randle, ehemaliger Sekretär des Komitees der Hundert und Leiter der britischen "Civil Disobedience"-Bewegung, der für den Philosophen Bertrand Russell im Februar 1960 den Sitzprotest von 4000 Personen vor dem Verteidigungsministerium in London organisierte, Devi Prasad, WRI-Sekretär, ein früherer Mitarbeiter Mahatma Gandhis in Indien und Harold Bing, der Vorsitzende der WRI, Dozent an der Hochschule der Konsumgenossenschaften in England, dessen berufliche Aufgabe es ist, Studenten aus den Entwicklungsländern in der Theorie und Praxis des Genossenschaftswesens zu unterrichten.

Zum Abschluß der Ratssitzung gab der internationale Rat folgende Erklärung ab:

"Der internationale Rat der WRI befürchtet ein Anwachsen internationaler Spannung durch die Mobilmachung der Zivilbevölkerung, die in einigen Ländern bereits begonnen hat und in anderen in absehbarer Zeit eingeführt werden soll. Im besonderen wurden die Schwierigkeiten erörtert, denen sich die drei deutschen Zweige der WRI (Deutsche Friedensgesellschaft; Internationale der Kriegsdienstgegner; Verband der Kriegsdienstverweigerer) angesichts der geplanten Notstandsgesetze gegenübergestellt sehen. Der Rat ist der Meinung, daß diese Pläne sowohl eine ernste Beschränkung der Grundrechte der Deutschen als auch eine Form der Militarisierung und psychologischen Kriegsvorbereitung einschließen, die die Kriegsgefahr in Europa erheblich ansteigen läßt. Die deutschen Zweige der WRI und die deut-

schen Zweige der WRI und die deutsche Bevölkerung werden daher ermutigt, dieser Entwicklung mit allen friedlichen Mitteln entgegenzutreten, und die außerdeutschen Zweige werden aufgefordert, dazu jede nur mögliche Unterstützung zu geben."

Bei der Erörterung von Problemen der Entwicklungsländer, speziell Afrikas, war der Rat bestürzt über eine aufwendige illustrierte Broschüre, herausgegeben vom Bonner Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, in der die Bundeswehr glorifiziert wird. Diese Broschüre wird in afrikanischen Ländern verteilt, offensichtlich, um sie zur Anschaffung von Waffen zu ermutigen. Das trägt nicht nur zur Militarisierung Afrikas und zur Erhöhung der Spannung bei, sondern bedeutet auch, daß die mageren Hilfsquellen dieser Länder statt für die äußerst notwendige soziale und wirtschaftliche Entwicklung, für die nutzlosen und gefährlichen Zwecke der Kriegsvorbereitung mißbraucht werden. Es wurde betont, daß Afrika nicht nur direkte finanzielle Hilfe benötigt, sondern ebenso ausgebildete Männer und Frauen, die mit der afrikanischen Bevölkerung selbst zusammenarbeiten. Als einen ersten kleinen Beitrag dazu beschloß der internationale Rat, die baldige Aussendung eines solchen Freiwilligen zu finanzieren.

Die Internationale der WRI ist entschieden gegen alle Bewaffnung und jede Kriegsvorbereitung. Sie sieht sich jedoch gezwungen, auch gegen einzelne strategische Entwicklungen aufzutreten, die eine unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens mit sich bringen. Der internationale Rat betrachtet die Errichtung der multilateralen Nato-Atomstreitmacht als Ursache für eine äußerst ernste Situation, die nur zu einer Intensivierung des kalten Krieges in Europa führen kann und unweigerlich die Ausbreitung und Weitergabe nuklearer Waffen fördert. Es wurde beschlossen, Pläne für eine intensive Kampagne gegen die multilaterale Atomstreitmacht zu unterstützen. Die Kampagne soll in großen Demonstrationen an drei aufeinanderfolgenden Tagen in London, Rom und Bonn ihren Höhepunkt finden. Die Vorbereitung liegt in Händen der Kampagne für Abrüstung in Großbritannien und der Bundesrepublik, sowie der Consulta della Pace in Italien. Der internationale Rat appelliert an die Zweige der WRI, besonders in den Nato-Ländern, Aktionen vorzubereiten, die der Kampagne zu einem entscheidenden Erfolg verhelfen können.

Jeder, der sich mit der Entwicklung friedlicher und schöpferischer menschlicher Beziehungen befaßt, kann nur alarmiert sein über die latente und offene Gewaltanwendung, die in der heutigen Gesellschaft so tief verwurzelt ist. In sozialen Beziehungen und Organisationen, in erzieherischen und politischen Einrichtungen gibt es sichtbare Zeichen wachsender Spannung und einer Isolation von Einzelnen und Gruppen. Der internationale Rat ist der Meinung, daß es die Aufgabe einer jeden Gesellschaft ist, die tiefsten Wurzeln dieser Entwicklungen aufzudecken. Neue soziale und politische Einrichtungen müssen geschaffen werden auf der Basis friedlicher, gesunder Prinzipien. Gewaltfreie Lösung von Problemen, denen die Menschheit auf allen Ebenen gegenübersteht, müssen gesucht werden. Als seinen Beitrag plant der internationale Rat, auf Vorschlag Danilo Dolci's, eine Weltkonferenz über Gewaltlosigkeit für das Jahr 1966. Sozialwissenschaftler, politische Denker, Pädagogen, Planungsfachleute und andere Experten werden gebeten, ihr Wissen und ihre Erfahrung zu

diesem Versuch beizusteuern, um die Bedingungen zu entdecken, auf denen eine Zukunft voller Hoffnung und frei von Krieg gegründet werden kann.

Seit einigen Jahren haben die Zweige und Mitglieder der WRI in der ganzen Welt den 1. Dezember als den "Tag der Gefangenen für den Frieden" begangen; dabei wurde der hunderte von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen gedacht, die in vielen Ländern wegen ihrer Verweigerung des Militärdienstes in Gefängnissen sind, und Weihnachtsgrüße wurden ihnen gesandt. In diesem Jahr ist vorgesehen, daß dieses Gedenken ergänzt wird durch Demonstrationen oder Vorstelligwerden bei den Botschaften aller jener Staaten, die immer noch keine gesetzliche Regelung für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen getroffen haben zum Schutz vor zwangsweisem Militärdienst, und die solche Männer, manchmal jahrelang, in Gefängnissen halten.

Offenbach, den 3.8.1964 - 10 - WRI -

Institut für Zeitgeschichte Archiv



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-23

5. 8. 64

3. 8. 64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

NEUE WEGE ZUR LÖSUNG DER ALTEN PROBLEME - Kundgebung des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer

Im großen Festsaal der Börse veranstaltete am Samstagabend, dem 1. August 1964, der Verband der Kriegsdienstverweigerer zusammen mit der "War Resisters' International" eine Kundgebung. Herbert Stubenrauch - Bundesvorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer - führte die etwa 500 Anwesenden in das Thema "Neue Wege zur Lösung der alten Probleme" ein.

Die Gefahr des Krieges sei immer noch nicht gebannt; Armut und Hunger seien noch immer die gefürchtetsten Krankheiten für viele Menschen; wie vor Jahrtausenden käme der Reichtum der Erde nur wenigen zugute, sagte Stubenrauch. Die Redner der Kundgebung versuchten anschließend aufzuzeigen, wie die alten Probleme mit neuer, gewaltlosen Methoden gelöst werden können.

Der Italiener Danilo Dolci berichtete über seine Erfahrungen in Sizilien. Ohne Unterstützung von Parteien und Organisationen hat Dolci mit wenigen Freunden in der ärmsten und unfruchtbarsten Gegend Siziliens begonnen, Hunger und Elend zu überwinden. Durch einen Hungerstreik sei es ihm gelungen, den Bau eines Staudammes bei Roccamena durchzusetzen und damit der arbeitslosen Bevölkerung zu Arbeit und in naher Zukunft auch zu fruchtbarem Ackerland - und damit zu mehr Brot - zu verhelfen. Gleichzeitig hätte diese, und ähnliche gewaltlose Aktionen, den in Armut und Unwissenheit dahinvegetierenden Menschen das Bewußtsein ihrer eigenen Stärke zurückgegeben und ihnen gezeigt, daß auch in scheinbar aussichtslosen Situationen die Unterdrückten ihre eigene Zukunft vorplanend gestalten können.

Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD untersuchte in seinem anschließenden Referat den Zusammenhang von übersteigter Rüstungsproduktion und ungenügender Entwicklungshilfe. Die Kluft zwischen satten und hungrigen Völkern werde - trotz aller Entwicklungshilfe - von Jahr zu Jahr größer, meinte Kloppenburg. Die Rüstungsausgaben der Industriestaaten würden 75 % des Volkseinkommens der gesamten Entwicklungsländer betragen. Kloppenburg zeigte weiterhin

auf, daß die Entwicklungshilfe für die weißen Nationen keine Belastung darstelle, sondern in der Form wie sie heute gewährt wird, den Geldgebern noch Gewinn einbringt. Jedermann wisse heute, daß durch Krieg und Rüstung keines der Weltprobleme gelöst werden könne, sondern daß dadurch die Lösung der entscheidenden Probleme verhindert würde; dem Sieg der Vernunft stehe aber die Vorgestrigkeit der öffentlichen Meinung entgegen. Es läge an der Entschlußkraft jedes Einzelnen und an seinem Willen, sich mit Gleichgesinnten zusammenzuschließen, um den notwendigen Druck der öffentlichen Meinung auf die Regierenden zu erzeugen und so die Voraussetzung für eine Welt ohne Hunger und Not zu schaffen: Abrüstung.

Harold F. Bing, der Vorsitzende der "War Resisters' International" erklärte zum Abschluß der Kundgebung die Ziele dieser internationalen Dachorganisation der Kriegsdienstverweigererverbände. Jedes Mitglied sei verpflichtet, die Mitarbeit bei der Vorbereitung des Krieges und den Kriegsdienst selbst zu verweigern und alles in seiner Kraft Stehende zu tun, um die Kriegsursachen zu bekämpfen.

Der als Redner angekündigte amerikanische Negerführer Bayard Rustin (der engste Mitarbeiter von Dr. Martin Luther King und Organisator des berühmten Marsches der 300 000 Farbigen nach Washington) hatte kurzfristig seine Teilnahme absagen müssen, da es ihm bei den augenblicklichen Auseinandersetzungen zwischen Weißen und Schwarzen in den Vereinigten Staaten nicht möglich sei, sein Land zu verlassen. Die Versammlung erbrachte in einer Sammlung DM 800,- für die Arbeit des Negerführers Bayard Rustin.

Offenbach, den 3.8.1964 - 9 - E. Becker -



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-25

17. 8. 64
22. 8. 64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

The War Resisters' International Statement of the Offenbach Study-Conference 1964

PERSPEKTIVEN EINES NEUEN EUROPA

Die War Resisters' International (WRI) und der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), eine der deutschen WRI-Sektionen, veranstalteten vom 9. - 16. August eine Studienkonferenz in Offenbach (Main) - Deutschland. Es wurden die politische Situation Europas, besonders das Deutschland-Problem und die Berlin-Frage untersucht.

Deutschland spielt eine gefährliche Rolle im Kalten Krieg (militärisch, politisch und geographisch). Eine stabile Friedenssicherung in Mitteleuropa ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Beseitigung der Kriegsgefahr zwischen Ost und West. Die Konferenz untersuchte die Bemühungen der Regierungen und stellte fest, daß es - abgesehen vom Moskauer-Teststop-Abkommen - den Machtpolitikern bis jetzt noch nicht gelungen ist, Übereinkommen zu treffen, welche zum Abbau der gefährlichen Spannungen in Europa führten. Der Auf- und Ausbau der militärischen Machtapparate verhinderte schöpferisches Denken - die Kommunikation zwischen Ost und West wurde unterbrochen.

Die Konferenz hält es daher für unbedingt notwendig, daß die Menschen der betroffenen Länder - besonders aber die Friedensbewegungen - selbst die Initiative ergreifen. Die deutschen Probleme müssen zusammen mit den europäischen gesehen werden - Deutschland ist mit dem übrigen Europa eng verflochten. Dieses Europa ist durch nationalistische, isolationistische Tendenzen zerrissen. Machtstreben und Gebietsforderungen verhindern den Abbau von Haß und Mißtrauen. Die Militärapparate werden immer stärker, immer mehr Waffen werden aufgestapelt.

Entmilitarisierung, freie Kommunikation, freier Reiseverkehr, gleiches Recht für Alle sind Voraussetzungen für ein neues Europa. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Konferenz die europäischen Friedensbewegungen auf, starke, gewaltfreie Kampagnen zu organisieren.

- 2 -

- + gegen Wehrpflicht und Militarisierung des öffentlichen Lebens
- + gegen militärische Blöcke und Institutionen
- + gegen die multilaterale Atomstreitmacht und die französische force de frappe
- + für die Unterstützung aller Vorschläge zur Schaffung eines entmilitarisierten, atomwaffenfreien Europas
- + für den Abzug aller Besatzungstruppen aus Mitteleuropa
- + für freie Kommunikation und freien Reiseverkehr.

Eine progressive Friedenspolitik verlangt, daß die Souveränität beider deutscher Staaten anerkannt wird. Enge kulturelle und persönliche Beziehungen zwischen den Menschen Deutschlands können nur in einem entmilitarisierten Europa, in einer entmilitarisierten Welt wieder-erstehen.

Offenbach (Main)

15. August 1964

VISION OF A NEW EUROPE

The study-conference organised by the War Resisters International and the Verband der Kriegsdienstverweigerer (a German section of the International) at Offenbach/Main, Germany from 9th to 16th August 1964 studied the situation in Europe particularly in regard to German and Berlin tensions. Germany occupies a critical position in the Cold War geographically, militarily and politically and remains an explosive area. Therefore it was of primary importance that the answers to the German problem be found without delay.

After reviewing the efforts made by governments in past years the conference felt that they have completely⁺ failed in reaching any agreement of substance with the possible exception of the test-ban treaty. This was not surprising since when the militarisation of states takes place politicians lose ability to imagine a creative road to peace and to communicate with one another across frontiers. The conference therefore felt it imperative that people and peace movements take the initiative for themselves.

The German problem must be seen in its European context. Europe today suffers from nationalism on the⁺⁺ one hand and isolation on the other. Power-politics and territorial claims hinder efforts for the removal of hate and mistrust. Europe is divided against itself by those who have not forgotten their old power and are full of hate, revenge, fear and mistrust. Military structures are growing and arms are piling up.

The answer lies in building a new Europe including East and West, completely demilitarised, with free communications and with civil liberties for all its citizens.

The individual needs to emancipate himself from the conformism induced by centralised authority and mass media.

To achieve the goal of the new Europe the conference asked peace movements and individuals all over Europe to build powerful non-violent campaigns against conscription, all military installations and blocs, the multi-lateral force and the French force de frappe, the militarisation of civil populations

+) failed

++) one

and for the removal of all occupation troops East and West. The conference asked for support for proposals for denuclearisation and demilitarisation in Central Europe, for free communications and no restrictions on travel and the expression and exchange of ideas.

Creative peace demands that we recognise the sovereignty of both German states. Ultimately the full ethnic and cultural re-integration of peoples can be realised^{+) in a demilitarised Europe in a demilitarised world.}

Offenbach/Main

15th August 1964

Offenbach (Main), 17. August 1964 - 10 - Vack

22.8.64

+) only

Institut für Zeitgeschichte



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 748-7-27

25. 8. 64

22. 8. 64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

1. September 1964: Appell an den Bundespräsidenten

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK) hat an den Bundespräsidenten Dr. h.c. Heinrich Lübke appelliert, den Jahrestag des Kriegsausbruches als Anlaß zu nehmen, um - jenseits der ideologischen und politischen Differenzen, die zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen bestehen - eine Botschaft des guten Willens an den polnischen Staatspräsidenten und an das polnische Volk zu richten. Die Botschaft sollte nach Vorstellungen des VK zum Inhalt haben:

1. Die Bevölkerung der Bundesrepublik gedenkt in Scham und tiefer Anteilnahme der Millionen Opfer, die der verbrecherische Hitler-Krieg vom polnischen Volk gefordert hat. Die Bundesrepublik ist bestrebt, das Leid, das dem polnischen Volk durch das deutsche Volk zugefügt worden ist, im Bereich des Möglichen wieder gut zu machen.
2. Die Bevölkerung der Bundesrepublik wünscht, daß zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik wieder normale diplomatische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen hergestellt werden, um einen neuen Beginn friedlicher Zusammenarbeit für die Zukunft zu schaffen.
3. Die Bundesrepublik erhebt keine territorialen Forderungen an die Volksrepublik Polen. Sie erkennt den schmerzlichen Verlust der ehemals deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße als eine durch den Hitler-Krieg geschaffene historische Tatsache an, die nicht mehr revidierbar ist, ohne neuen Streit und neues Leid zwischen die beiden Völker zu bringen.

In seinem Schreiben erinnert der VK den Bundespräsidenten an das ungeheure Leid, das das polnische Volk mit dem deutschen Angriffskrieg auf Polen, durch die Liquidierung großer Teile der Bevölkerung und die fast völlige Verwüstung des Landes ertragen mußte. Der VK bedauert, daß heute, 25 Jahre nach dem 1. September 1939 noch immer keine friedlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik - die für sich in Anspruch nimmt, in vieler Hinsicht rechtliche Nachfolgerin

- 2 -

des ehemaligen Deutschen Reiches zu sein - bestehen. Der VK wünscht, daß Bundespräsident Dr. Heinrich Lübke als Repräsentant der Bevölkerung der Bundesrepublik die politische und moralische Pflicht erkennen werde, eine solche Botschaft der Versöhnung und des Friedens gerade am 1. September 1964 an das polnische Volk zu richten.

Offenbach, 25. August 1964 - 11 - Vack

22. 8. 64

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-28

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK) Herbert Stubenrauch, Wuppertal, hat bei einer Tagung der Kriegsdienstverweigerer in Offenbach begrüßt, daß der amerikanische Negerführer Martin Luther King mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Die freiheitlichen und pazifistischen Bestrebungen Kings hätten damit weltweite Anerkennung gefunden.

"Die Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik werden durch diese Auszeichnung bestärkt im Sinne Martin Luther Kings und des Friedensnobelpreises weiterarbeiten", sagte Stubenrauch.

Martin Luther King ist aktives Mitglied der amerikanischen Kriegsgegnerbewegung, einer Bruderorganisation des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer.

Offenbach, 14. Oktober 1964 - 13 - Vack

15.10.64



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-29

20.10.64
21.10.64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

VK - Bundesvorstand in Stuttgart

Am vergangenen Wochenende tagte in Stuttgart der Bundesvorstand der Kriegsdienstverweigerer (VK). Er richtete ein Telegramm an die Regierung der Volksrepublik China, in dem gegen den Atom-bombenversuch protestiert wird. Der Bundesvorstand weist darauf hin, daß die Behauptung der chinesischen Regierung, diese Atom-explosion diene dem Frieden, eine zynische Verdrehung der Tatsachen darstellt. In Wirklichkeit seien alle weiteren Aufrüstungsbestrebungen und jeder erneute Atombombenversuch, gleichgültig durch welche Nation, eine Behinderung der Abrüstungsbemühungen.

Außerdem appellierte der VK-Bundesvorstand an die Vereinten Nationen, die Volksrepublik China in die Weltorganisation aufzunehmen, um damit die internationale Isolierung Chinas aufzuheben u. die Voraussetzungen zu schaffen zu der notwendigen internationalen Kooperation aller Staaten.

Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer

Bedingt durch die skandalösen Vorgänge vor mehreren Prüfungsausschüssen für Kriegsdienstverweigerer, die in der jüngsten Zeit in der bundesrepublikanischen Presse kritisiert wurden, und aus grundsätzlichen Erwägungen, wurde vom VK-Bundesvorstand beschlossen, in der nächsten Zeit intensiv für den Wegfall der Prüfungsverhandlungen einzutreten. Nach der Vorstellung des VK müßte es genügen, daß der als Kriegsdienstverweigerer gilt, der gegenüber seinem zuständigen Kreiswehrrersatzamt erklärt, daß er aus Gewissensgründen nicht in der Lage ist, den Kriegsdienst mit der Waffe zu leisten. Gerade die jüngsten Ereignisse zeigten, daß die behördliche oder gerichtliche Feststellung, ob der Verweigerer Gewissensgründe hat oder nicht, höchst problematisch ist. Jeder berechnete Kriegsdienstverweigerer muß den zivilen Ersatzdienst leisten, was ihm von vornherein bekannt ist. Die Erfahrung lehrt, daß die Kriegsdienstverweigerung kein Ausweg für "Drückeberger" ist.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer wird sich in den nächsten Monaten mit einer detaillierten Begründung und mit ausreichendem Tatsachenmaterial an die zuständigen Gesetzgebungsorgane, Behörden und an die deutsche Öffentlichkeit wenden, um die Forderung nach einem Wegfall des jetzigen Anerkennungsverfahrens durchzusetzen.

-2-

19.10.64

- 2 -

Novellierung des Ersatzdienstgesetzes

Eine ausführliche Stellungnahme erarbeitete der VK-Bundesvorstand zu der geplanten Novellierung des Ersatzdienstgesetzes. In sehr wesentlichen Fragen mußte der Verband der Kriegsdienstverweigerer die geplanten Gesetzesänderungen sehr kritisch beleuchten. Der ganze Entwurf des Bundesarbeitsministeriums hinterläßt den Eindruck, daß man sich weniger auf die positive Mitarbeit der Kriegsdienstverweigerer stützen und diese fördern will, sondern daß man eine Entliberalisierung des ganzen Ersatzdienstwesens anstrebt.

Offenbach, den 20. Oktober 1964 - „14 - Stubenrauch/Vack

21.10.64

Institut für Zeitgeschichte Archiv



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-30

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Zivildienstverweigerung muß gesetzlich geregelt werden

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK) hat sich an die Vorsitzenden des Bundestagsausschuß für Inneres (MdB Schmitt-Vockenhäuser, MdB Dr. Zimmer) gewandt und festgestellt, daß der im Bundestag vorliegende Entwurf eines Zivildienstgesetzes die zwangsweise Heranziehung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung zu Arbeiten für verteidigungswichtige Aufgaben vorsieht.

Der VK stellt dazu fest: Wer eine solche Dienstleistung mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, ist durch das Grundrecht der Gewissensfreiheit (Art.4 Abs.1 GG) geschützt und damit zur Zivildienstverweigerung berechtigt.

Alle Parteien im Deutschen Bundestag, insbesondere der Bundestagsausschuß für Inneres, wurden vom Verband der Kriegsdienstverweigerer gebeten, diese Rechtslage bei den Beratungen zu berücksichtigen und - falls es zu einem Zivildienstgesetz kommt - ein Verfahren auf Anerkennung von Zivildienstverweigerern gesetzlich zu regeln.

Offenbach, den 30. Oktober 1964 - 15 - Vack

29.10.64



pressediensst

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-31

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer
in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK)
bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung
eines Belegexemplares:

VOLKSTRAUERTAG

Am heutigen Sonntag, den 15. November 1964 ist Volkstrauertag. 1964 ist ein Jahr trauriger "Jubiläen": Vor 50 Jahren begann der I. Weltkrieg und vor 25 Jahren ging von Deutschland durch den Überfall auf Polen der II. Weltkrieg aus.

Zum Volkstrauertag 1964 fordern deutsche Kriegsdienstverweigerer im ganzen Bundesgebiet die Bevölkerung auf, im Namen der Ermordeten des letzten Krieges zu kämpfen gegen jene, die neue Kriege vorbereiten. 200 000 Flugblätter werden verteilt, vor Friedhöfen, Ehrendenkmalern und bei öffentlichen Veranstaltungen zum Volkstrauertag. Der Flugblatttext wurde geschrieben von dem Schriftsteller (Die Anfrage) und dem Fernsehautor (Schlachtvieh) Christian Geißler.

In einigen Großstädten wurde bei den Behörden um Genehmigung nachgesucht, Steige zu errichten mit folgendem Text:

IN DEN JAHREN ZWISCHEN 1939 UND 1945 SIND MILLIONEN MENSCHEN UNFREI EINEN GEMEINEN TOD GESTORBEN, NACH DEM WILLEN, ZUM NUTZEN, UNTER DEM BEFEHL UND MIT DEM SEGEN VON WENIGEN MÄCHTIGEN. HOLT DIE KRIEGSVORBEREITER AUS DER MACHT. ZUR EHRE DER TOTEN. ZUR RETTUNG DER LEBENDIGEN.

Vielorts legen Delegationen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer Kränze nieder, deren Schleifen die Aufschrift tragen:

DIE ERMORDETEN FORDERN: WIDERSTAND GEGEN KRIEGSVORBEREITUNG!

Zur Information der Presse legen wir ein Exemplar des VK-Flugblattes zum Volkstrauertag bei.

Offenbach, 15.11.1964 -- 16 -- Vack

14. 11. 64

Volkstrauertag

Heute ist Sonntag, der 15. November 1964.

Im Kalender ist der Tag verzeichnet als **Volkstrauertag**. Warum eigentlich „Trauer“?

Vor zwanzig Jahren, am 15. November 1944, war Krieg.

An den Westgrenzen und an den Ostgrenzen unseres Landes starben damals massenhaft Tag für Tag deutsche Soldaten auf der Flucht vor den Truppen überfallener und mißhandelter Völker. „Starben“ sie?

Abertausende krepiereten damals Tag für Tag wie Vieh in Blut und Dreck und Angst und Geschrei irgendwo an der Donau, irgendwo im Hürtgenwald, erstickten in irgendeinem Berliner Keller, in irgendeinem U-Boot draußen in der Nordsee.

Die, denen damals das Leben zuschanden gemacht worden ist, hätten das Leben sehr gerne behalten. So wie heute jeder von uns sehr gern sein Leben behält.

Warum also Trauer?

Warum nicht stattdessen endlich Zorn und Empörung gegen die, die den Krieg damals und also den Tod von Millionen gemacht haben? Sie leben ja noch. Und etliche von ihnen haben schon wieder Macht in unserem Land. Unterdessen wir Tag und Stunde verschlafen und vertun und vertrauern, denken Generale schon wieder an Massenmord. „Zur Verteidigung“, sagen sie. Aber das haben sie 1914 und 1939 auch gesagt. Wer ihnen heute noch glaubt, glaubt an Zaubersprüche. Wer sich von Generalen beruhigen läßt, der verrät das Andenken an Millionen Menschen, die einen elenden Tod gestorben sind unter dem Befehl von Generalen.

Wer heute schläft oder einfach nur trauert, versäumt die grundsätzliche menschliche Pflicht: die der Treue gegenüber den erschlagenen nächsten Leuten, unseren Leuten.

Es sollte ja inzwischen jedem Mann und jeder Frau heute hier auf der Straße bekannt sein, daß in Deutschland während des zweiten Weltkrieges mindestens fünf Millionen Menschen unter Einwirkung von Gewalt getötet worden sind.

Jeder, der erschlagen worden ist, kommt her von einer Mutter und einem Vater. Meistens hat er Geschwister gehabt, oft eine Frau und Kinder, eine Braut, einen Freund, eine Freundin. Nehmen wir an, jeder der fünf Millionen Kriegstoten hat nur zwei lebendige Leute, die ihn geliebt haben, hinterlassen. Leute, die ihn kannten und mochten, die sich freuten, wenn sie sein Gesicht sahen. Nehmen wir an, jeder Tote hat hier auf der Straße heute seine zwei lebendigen Leute.

Dann erhebt sich doch die Frage: Wo sind heute am Volkstrauertag auf unseren Straßen zehn Millionen lebendige Menschen, die aus Solidarität mit den Erschlagenen endlich gegen den Krieg kämpfen?

Gewiß, überall in Stadt und Land haben wir Gedenksteine mit den alten Texten „Ehre“, „Heldentum“ und „Dankbarkeit“. Diese Denkmäler, heißt es, sind zur Ehre der Toten aufgestellt worden. Aber wer nachdenkt, der weiß, daß das nicht wahr ist. Wer Mut genug in seinen Knochen hat, sich genau an den Krieg zu erinnern, der weiß: Es gibt nur eine einzige Form des redlichen Respektes vor den Kriegstoten, nur ein einziges glaubhaftes Zeugnis für die Liebe zu einem Menschen, der ermordet worden ist:

Protest gegen den Mord –

Protest gegen die, die den Mord ausgedacht und angestiftet haben –
Kampf gegen jeden weiteren mörderischen Plan!

Wer sich diesem Kampf entzieht, ist unglaublich in der Liebe zu seinem erschlagenen Bruder.

Sind wir alle in unserem Lande hier also längst unglaublich?

Damit das nicht so ist, damit das faule Schweigen und Trauern und Ehrenbezeigen endlich aufhört, damit die Machthabenden lernen, daß man mit uns nicht in jeder weiteren Generation einen Massenmord einrichten kann, kurz: damit es richtiger zugeht künftighin, stellen wir heute in verschiedenen großen Städten der Bundesrepublik Steinplatten auf, Steine mit folgendem Text:

„In den Jahren zwischen 1939 und 1945 sind Millionen Menschen unfrei einen gemeinen Tod gestorben, nach dem Willen, zum Nutzen, unter dem Befehl und mit dem Segen von wenigen Mächtigen. Holt die Kriegsvorbereiter aus der Macht. Zur Ehre der Toten. Zur Rettung der Lebendigen.“

Steine mit solcher Inschrift sind keine Trauersteine, sondern Kampfsteine.

In Friedhöfen, an sogenannten Ehrendenkmalern, bei Mahnstätten legen wir Kränze nieder, deren Schleifen die Aufschrift tragen:

„Die Ermordeten fordern: Widerstand gegen Kriegsvorbereitung!“

Muß das sein? Ja, das muß sein. Denn um Verstorbene mag der Mensch trauern.

Im Namen von Ermordeten aber muß gekämpft werden.

Verband der Kriegsdienstverweigerer
Bundesvorstand

Wünschen Sie Kontakt mit uns? Bitte merken Sie sich folgende Adresse:

Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK), 2000 Hamburg 36, Große Bleichen 23/27, 1. Stock, Zimmer 163, Ruf 34 66 79, Bürozeit 14.00 bis 19.00 Uhr.

(Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach, Lohrweg 15; Druck: Grawo-Druck Offenbach – Der Verfasser dieses Textes ist der Schriftsteller und Fernsehautor Christian Geißler)



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-33

1.12.64

25.11.64

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Tag der Gefangenen für den Frieden

Am 1. Dezember 1964 gedenken die Kriegsdienstverweigerer in aller Welt - genau wie in früheren Jahren - ihrer Freunde, die in den Gefängnissen westlicher und östlicher Staaten eingesperrt sind, weil sie - ihrem Gewissen folgend - keinen Waffendienst leisten können.

Anläßlich dieses Tages veranstalten Gruppen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) in allen größeren Städten der Bundesrepublik am 1. Dezember Demonstrationen vor den Botschaften und Konsulaten der Länder, in denen allgemeine Wehrpflicht eingeführt ist, deren Gesetzgebung aber keinen Schutz für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen vorsieht.

In einer Erklärung, die den Botschaften und Konsulaten übergeben wird, heißt es "Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik Deutschland sieht in der Tatsache, daß noch nicht in jedem Land das Recht der Gewissensfreiheit gesetzlich garantiert ist, eine Mißachtung elementarer Menschenrechte, wie sie besonders in Artikel 18 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, verkündet von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10.12.1948 ihren Niederschlag findet. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer richtet deshalb an die Regierungen all der Länder, in denen keine gesetzliche Regelung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung besteht, die Forderung, eine solche umgehend einzuführen." Die Kriegsdienstverweigerer in vielen Ländern, die so wie in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren schon derartige Aktionen gemacht haben, glauben, daß es u.a. ihr Verdienst ist, daß im Jahre 1963 in Frankreich eine gesetzliche Regelung für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen zustande kam und daß ein ähnliches Gesetz im Sommer dieses Jahres in Belgien Wirklichkeit wurde.

Neben den Veranstaltungen zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" wird in den nächsten Monaten eine Delegation von Bundesvorstandsmitgliedern des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer mit Abgeordneten der Volkskammer in der DDR Informationsgespräche führen über die seit wenigen Wochen in der DDR gesetzlich garantierte Möglichkeit der Waffendienstverweigerung. Der VK sieht in der neuen Regelung, die in der DDR getroffen wurde, einen ersten - wenn auch nicht in allen Details befriedigenden - Erfolg seiner mehrjährigen Bemühungen.

-2-

Darüber hinaus schreiben die Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik Grußkarten an ihre Gesinnungsfreunde, die in den Gefängnissen westlicher und östlicher Staaten eingesperrt sind. Diese Grußkarten erlangen durch das bevorstehende Weihnachtsfest und den Jahreswechsel besondere Bedeutung. Im Jahre 1963 wurden von den Kriegsdienstverweigerern in der Bundesrepublik 12 926 Grußkarten verschickt.

Da in diesen Tagen bekannt wurde, daß in Australien die Regierung in Canberra die Einführung einer zweijährigen Heerespflicht bekanntgegeben hat, wurde vom Verband der Kriegsdienstverweigerer an die Kanzlei der australischen Botschaft geschrieben und um Stellungnahme zu der Frage des Kriegsdienstverweigerungsrechtes gebeten.

Offenbach, den 1.12.1964 - 17 - Vack

25.11.64

Institut für Zeitgeschichte - Archiv



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GRUSSKARTEN IN ALLE WELT

An eine große Zahl von Pazifisten, die wegen ihrer Gewissensentscheidung, keinen Kriegs- oder Waffendienst zu leisten, in Gefängnissen und Zuchthäusern, sowie in 39 Internierungslagern westlicher und östlicher Staaten eingesperrt sind, haben die Mitglieder des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) ca. 13500 Grußkarten zu Weihnachten und zum bevorstehenden Jahreswechsel übersandt.

Mit dieser Aktion wollen die deutschen Kriegsdienstverweigerer den inhaftierten Gesinnungsfreunden ihre Solidarität bekunden und zugleich gegenüber den Regierungen der betroffenen Staaten demonstrieren, daß die Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit - wie sie im Zwang zum Kriegsdienst zum Ausdruck kommt - im Widerspruch steht zu Artikel 18 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Die deutschen Kriegsdienstverweigerer hoffen, durch ihre ständigen Forderungen an die Staatsmänner und durch ihre Solidarität mit den Inhaftierten dem Recht der Dienstverweigerung aus Gewissensgründen weltweite Geltung zu verschaffen. In der letzten Zeit wurden in Frankreich, Belgien und der DDR gesetzliche Regelungen zur Waffendienstverweigerung aus Gewissensgründen geschaffen. In der Bundesrepublik ist das Recht der Kriegsdienstverweigerung durch Artikel 4, Absatz 3 GG garantiert.

Offenbach, den 23. 12. 1964 - 18 - Vack

19. 12. 64



pressediensst

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-35

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Zur Beratung des Bundestages über die Frage der Verjährung von NS-Verbrechen hat der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. (VK), Herbert Stubenrauch, an die Fraktionsvorsitzenden der 4 im Bundestag vertretenen Parteien CDU, CSU, SPD und FDP folgendes Telegramm gerichtet:

" Keine Verjährung von Verbrechen gegen die Menschheit. -
Wir haben viel zu spät angefangen, Recht und Gerechtigkeit angesichts der Schuld der Vergangenheit zur Geltung zu bringen. -
Hören wir nicht außerdem noch zu früh damit auf. - "

605 Offenbach, den 9. März 1965 - 19 - Riedel -

13. 3. 65



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-3b

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Durch Pressemeldungen, und jetzt auch bestätigend durch den hessischen Innenminister Schneider, konnte die Öffentlichkeit erfahren, daß Beamte des Verfassungsschutzes während Kundgebungen und Demonstrationen der Ostermärsche der Atomwaffengegner Fotoaufnahmen machten.

Der VK weist darauf hin, daß die "Heckenschützenmethoden" der Verfassungsschutzbeamten keineswegs nur auf den diesjährigen Ostermarsch der Atomwaffengegner und auf das Land Hessen beschränkt waren, sondern, daß Kriegsdienstverweigerer bei fast allen Veranstaltungen in der Öffentlichkeit bereits seit Jahren von den Beamten der politischen Kriminalpolizei und des Amtes für Verfassungsschutz fotografiert und registriert worden.

Die Tatsache, daß Staatsbürger überwacht und bei legalen politischen Veranstaltungen einzeln registriert werden, dient offenbar nicht dem Interesse des Schutzes der Demokratie, sondern der Einschüchterung freier Staatsbürger.

Der VK begrüßt den Schritt des hessischen Landtagsabgeordneten Philipp Pleß, der sich öffentlich gegen solche angeblich "verfassungsschützende Methoden" gewandt hat und bietet Rechtsschutz für alle diejenigen an, deren Recht auf eigenes Bild von den sogenannten Staatsschutzbeamten heimtückisch mißachtet wird.

605 Offenbach/Main, den 26. April 1965 - 20 - Riedel -

27. 4. 65



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-37

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

8. MAI - NATIONALFEIERTAG

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer, in der War Resisters' International e.V. hat in einer Sonderausgabe seines Presseorganes ZIVIL den Vorschlag unterbreitet, den Tag der Kapitulation zum nationalen Feiertag - als Tag des Neubeginns - zu feiern. Wörtlich heißt es in ZIVIL: "Wir feiern so viele Tage im Jahr, kirchliche und weltliche, wir gedenken so mancher Ereignisse deutscher Vergangenheit. Wäre es nicht an der Zeit, diesen Tag des Unterganges des Faschismus zum nationalen Feiertag zu erheben? Indem wir uns eines Datums erinnern, an dem die Gewalttäter abtreten mußten, an dem die Leidenden erlöst wurden und eine neue Chance begann, werden wir weniger leicht die verpflichtende Lehre jener Jahre des Schreckens vergessen und uns beständiger an die Aufgabe halten, die jedem in Deutschland von diesem Tage her zugefallen ist: dem Frieden der Welt zu dienen und sich den Handlangern der Gewalt zu widersetzen."

Aus Anlaß der 20. Wiederkehr der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands gedenkt der Verband der Kriegsdienstverweigerer mit Hochachtung all der mutigen Männer und Frauen in Deutschland und der Welt, die als Pazifisten, Kriegsdienstverweigerer, Deserteure, unbekannt, namenlos, ungerühmt, wegen ihrer Weigerung, andere zu töten, selbst getötet wurden.

605 Offenbach, den 5. Mai 1965 - 21 - Riedel -

6. 5. 65

P.S. Die Sonderausgabe unserer Verbandszeitschrift ZIVIL kann direkt bei der Verbandsgeschäftsstelle kostenlos angefordert werden.



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-38

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER ERRICHTET HILFSFONDS

FÜR VIETNAM

Seit über 18 Jahren tobt in Vietnam der Bürgerkrieg. Er ist heute bereits zu einer Macht- und Prestigefrage für alle am Krieg Beteiligten geworden.

Not und Elend dieses Krieges aber hat die süd- und nordvietnamesische Bevölkerung zu tragen. Täglich sterben Hunderte von Menschen einen grausamen Tod. Not, Verzweiflung, Folterung, Schmerz und Hoffnungslosigkeit ist für viele junge Vietnamesen das, was sie bislang im Leben gesehen und verspürt haben.

Die Gefahr einer militärischen Ausweitung des Konfliktes wird immer größer. Die Leiden des vietnamesischen Volkes und die Bedrohung des Weltfriedens machen es zu einem dringenden Gebot, zu politischen Lösungen ohne Gewaltanwendung zu kommen.

Um der Bevölkerung in Vietnam zu helfen, hat der Verband der Kriegsdienstverweigerer in Zusammenarbeit mit der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden einen Hilfsfonds eingerichtet, der über das Internationale Rote Kreuz zweckgebundene Geldspenden für Medikamente für notleidende Menschen in allen Teilen Vietnams leiten soll.

Durch einen Aufruf werden die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert, durch Spenden von Geld dazu beizutragen, das Leiden dieses Volkes zu mindern.

Das Sonderkonto hat der Verband der Kriegsdienstverweigerer bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Offenbach unter Kennwort "Hilfsfonds Vietnam" Konto Nr. 740 697 errichtet. (Die Bank für Gemeinwirtschaft führt beim Postscheckamt Frankfurt ein Postscheckkonto unter der Nr. 172480. Überweisungen auf das Postscheckkonto müssen den deutlichen Vermerk "VK Hilfsfonds Vietnam" aufweisen.)

Offenbach/Main, den 1. Juni 1965 - 2 - Riedel -

15. 6. 65

P.S. Presse- und Publikationsorgane werden herzlich gebeten, diesen Hilfsfonds für Vietnam durch Puplicierung und Bekanntmachen der Kontonummer zu unterstützen. Wir danken Ihnen dafür.



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-39

17. 7. 65

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Erklärung zum Zivilschutz-Corps-Gesetz

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Legislaturperiode eine Reihe der sogenannten einfachen Notstandsgesetze verabschiedet. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer erklärt hierzu:

- I. Wir wenden uns nach wie vor gegen jegliche Notstandsgesetzgebung, weil wir glauben, daß sie dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie widersprechen. Die Notstandsgesetzgebung leitet bereits in Friedenszeiten eine Militarisierung des öffentlichen Lebens ein.

Durch die in der nächsten Legislaturperiode zu erwartenden Grundgesetzänderungen werden die der Staatsmacht gesetzten Schranken weitgehend aufgehoben. Freiheit kann nicht dadurch verteidigt werden, daß man sie einschränkt. Unser Volk sollte durch bittere Erfahrungen gewarnt sein - die Machtergreifung der Nationalsozialisten begann formal mit Ausnahmegesetzen. Es besteht die Gefahr, daß die Notstandsgesetze die juristische Grundlage für eine autoritäre Machterschleichung bilden. Der VK ist bereit, dieser gefährlichen Entwicklung weiterhin entschieden entgegenzutreten.

- II. Das bereits verabschiedete Zivilschutz-Corps-Gesetz sieht eine Eidesleistung und Uniformierung der Verpflichteten vor. Es ist zu befürchten, daß hier eine zweite Armee aufgebaut werden soll. Die vorgesehene truppenähnliche Organisation, die Einführung von Dienstgradbezeichnungen und die Stärke von 200.000 Mann bestärkt nur diese Befürchtung.

- III. Es ergeben sich schwere, verfassungsrechtliche Bedenken gegen das Zivilschutz-Corps-Gesetz, da die in § 23 des Zivilschutz-Corps-Gesetzes vorgesehene Einschränkung der Freizügigkeit dem Artikel 11 des Grundgesetzes widerspricht und weil ferner für die Heranziehung zum Zivilschutzcorps das Wehrpflichtgesetz als Grundlage dienen soll. Das Wehrpflichtgesetz sieht jedoch ausdrücklich vor, daß eine solche Dienstverpflichtung nur für die bewaffneten Streitkräfte möglich ist.

- 2 -

IV. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer stellt ferner fest: Wer eine solche Dienstleistung mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, ist durch das Grundrecht der Gewissensfreiheit (Artikel 4/3 GG) geschützt und damit zur Verweigerung des Dienstes im Zivilschutz-Corps berechtigt.

V. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer fordert seine Mitglieder und die Bevölkerung auf, aufgrund des Artikel 4/3 GG den Dienst im Zivilschutz-Corps abzulehnen, da er in Wirklichkeit Kriegsdienst ist. Mit scheinhumanistischen Argumenten versucht man, der Bevölkerung den Dienst im Zivilschutz-Corps schmackhaft zu machen: man spricht von Hilfe bei Katastrophen. In verniedlichender Weise nennt man den Krieg in einem Atemzug mit Überschwemmungen und Erdbeben.

Das Zivilschutz-Corps-Gesetz rechnet von vornherein mit einem Kriegsausbruch und schafft dadurch politische Bedingungen, welche den Krieg immer wahrscheinlicher werden lassen.

Wir können und werden uns nicht an Maßnahmen beteiligen, die direkt oder indirekt Kriegsvorbereitung sind.

Wo immer sich Menschen in Not befinden, sind wir selbstverständlich zu jeder Hilfeleistung bereit.

605 Offenbach/Main, den 16. Juli 1965 - III - Riedel -



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Um der notleidenden Zivilbevölkerung in Vietnam zu helfen, hat der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. im Monat Mai einen "Hilfsfonds Vietnam" eingerichtet und die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert, durch Spenden von Geld dazu beizutragen, das Leiden der vietnamesischen Bevölkerung zu lindern.

Durch diesen Aufruf war es möglich, bis jetzt über 5.000,- DM zu sammeln.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer hat beschlossen, diese Hilfsaktion noch bis zum Jahresende 1966 fortzusetzen. Er wird sich dabei verstärkt an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit der Bitte um großzügige Unterstützung dieses Hilfsfonds wenden.

Die bis zum Jahresende eingegangenen Geldspenden werden über die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden an die Zivilbevölkerung in allen Teilen Vietnams geleitet, wobei die vom nunmehr über 18-jährigen Krieg am stärksten betroffenen Gebiete, in denen fast keinerlei Lazarette, Krankenhäuser oder sonstige Sanitätseinrichtungen zur Verfügung stehen, Berücksichtigung finden sollen.

Unser Sonderkonto wird bei der Bank für Gemeinwirtschaft in Offenbach/Main unter der Bezeichnung Verband der Kriegsdienstverweigerer "Hilfsfonds Vietnam", Konto-Nr. 740 697 geführt.

605 Offenbach/Main, den 29. September 1965 - 4 - Riedel

A. Do.



pressediensst

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-41

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer
in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK)
bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung
eines Belegexemplares:

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer hat mit großer Freude Kenntnis genommen von den mutigen und verantwortungsvollen Vorschlägen mehrerer Kirchenführer, welche anlässlich des vatikanischen Konzils in Rom weilen.

Nach dem Friedensappell des Papstes vor einigen Tagen vor den Vereinten Nationen in New York scheint sich bei dem Konzil die Gruppe derjenigen durchzusetzen, welche von der katholischen Kirche eine klarere Haltung zur Frage von Krieg und Kriegsvorbereitung fordert.

Besonders begrüßt der Verband der Kriegsdienstverweigerer die Haltung jener Kirchenväter, die fordern, daß Gesetze geschaffen werden, welche "positiv jenen Rechnung tragen, die um des Zeugnisses christlicher Sanftmut willen oder aus Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben oder aus ernsthaftem Widerstreben gegen jede Gewaltanwendung, aus Gewissensgründen, den Militärdienst verweigern oder irgendwelche Handlungen, die den Krieg so grausam werden lassen".

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer erwartet aus dieser Haltung eine starke, moralische Unterstützung für die Einführung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in den überwiegend katholischen Ländern.

In einem Telegramm an das Sekretariat des päpstlichen Konzils dankt der Verband der Kriegsdienstverweigerer den Konzilsvätern für ihre Bemühungen, sich für die Rechte der Kriegsdienstverweigerer einzusetzen.

605 Offenbach/Main, den 7. Oktober 1965 - 5 - Riedel

8.10. 65



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-42

13.1.66

1.2.66

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

SKANDALÖSE VERFAHRENSWEISEN BEI KRIEGSDIENSTVERWEIGERERN ABSCHAFFUNG DER PRÜFUNGSVERFAHREN GEFORDERT

Aufsehen erregte gestern eine Protestaktion des 21-jährigen Verwaltungsangestellten des Offenbacher Landratsamtes, Gerd Grein. Die Aktion galt dem abschlägigen Bescheid auf seinen Antrag, entsprechend dem Grundgesetz als Kriegsdienstverweigerer anerkannt zu werden. Grein, der Mitglied beim Verband der Kriegsdienstverweigerer ist, protestierte dabei im Besonderen gegen die Äußerung eines Beisitzers während der Verhandlung, in der dieser sagte: "Ihre Gründe sind für mich erst dann glaubhaft, wenn Sie sich ein Schild um den Hals hängen mit der Aufschrift 'Ich bin Kriegsdienstverweigerer - schlägt mich tot!' und damit durch die Innenstadt Darmstadts laufen."

Obwohl diese Äußerung an die Grenze der Nötigung reicht und obwohl schon vor Jahren mehrere Grundsatzurteile gefällt wurden, die eindeutig feststellen, daß das Recht auf Kriegsdienstverweigerung kein Ausnahmerecht darstellt, und daß ein Kriegsdienstverweigerer keinesfalls eine Märtyrerhaltung einzunehmen braucht, sah sich der Vorsitzende bei dieser Verhandlung nicht veranlaßt, klärend einzugreifen oder gar den Beisitzer zur Shtzuweisen.

Unter der faschistischen Herrschaft der Nationalsozialisten waren es die Juden, die totzuschlagen waren. Werden es in Kürze Kriegsdienstverweigerer sein?

Diese unqualifizierte Äußerung des Beisitzers - von den Beisitzern werden einer von der Landesregierung benannt und zwei von den politischen Parteien entsprechend dem Wahlproporz in Vorschlag gebracht - und das Nichteingreifen des Ausschußvorsitzenden bei dieser Äußerung zeigen wieder einmal mehr die Fragwürdigkeit solcher Gremien, die dazu berufen sein sollen, über die Gewissensgründe der Kriegsdienstverweigerer zu entscheiden.

Vorsitzende und Beisitzer von Prüfungsausschüssen und Prüfungskammer weisen fast durchweg Mangel an juristischer Sachkenntnis auf oder sind in dieser Aufgabe überfordert.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer wird gegen den verantwortlichen Vorsitzenden der Prüfungskammer, in der es möglich ist, daß

-2-

Beisitzer sich derart unqualifiziert äußern, eine Dienstaufsichtsbeschwerde einleiten.

Das Verfahren des Antragstellers Grein dauert nun schon mehr als 2 Jahre. Die persönlichen und beruflichen Nachteile, die ihm daraus entstehen, liegen auf der Hand. Sie verstoßen zwangsläufig gegen das Gleichheitsprinzip. Grein's Fall ist - wenn auch nicht in dieser gravierenden Art - kein Einzelfall. Eine Revision der Prüfungsgremien für Kriegsdienstverweigerer ist dringend erforderlich.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer erhebt deshalb erneut die Forderung nach Abschaffung von Prüfungsausschuß und Prüfungskammer. Wir fordern, an deren Stelle die Verwaltungsgerichte mit den Anerkennungsfragen der Kriegsdienstverweigerer zu beauftragen, die eine juristische und von partei-politischen Erwägungen nicht beeinflusste Entscheidung garantieren. Als Berufungsinstanz müßten die Oberverwaltungsgerichte beauftragt werden.

Offenbach, 13. 1. 1966 - 1 - Riedel



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-43

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Bundeskongreß des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer, deutsches Mitglied der War Resisters' International e.V., der die Interessen von etwa 10.000 organisierten Kriegsdienstverweigerern vertritt, veranstaltet am 14. und 15. Mai in Offenbach/Main seinen diesjährigen Bundeskongreß.

Auf der Tagesordnung steht neben der Behandlung von Anträgen die Neuwahl eines neuen Bundesvorstandes. Der aus Wuppertal stammende 28-jährige Lehrer Herbert Stubenrauch, welcher seit 4 Jahren den Verband als Vorsitzender leitet, wird für dieses Amt nicht wieder kandidieren.

Der Bundesvorstand stellt in seinem Geschäftsbericht fest, daß im vergangenen Geschäftsjahr die Hauptarbeit auf dem Gebiete innerorganisatorischer Festigung, wie Mitgliederwerbung und Gruppenbetreuung, gestanden hat.

Dem Bundeskongreß liegen insgesamt 19 Anträge, welche größtenteils aus den Gruppen kommen, zur Beratung vor. Die meisten Anträge befassen sich mit der Notstandsgesetzgebung, dem Vietnamkrieg, der Friedensforschung und der möglichen Fusionierung der beiden Kriegsdienstverweigererverbände VK und IdK.

Vom Bundesvorstand des VK wurde ein Antrag eingebracht, der den Bundeskongreß ersucht, die Genehmigung zu erteilen für ein Podiumsgespräch mit Vertretern der FDJ und des Deutschen Friedensrates über das Thema "Kriegsdienstverweigerung und Friedenssicherung".

Offenbach/Main, 9. Mai 1966 - 1 - Riedel -

11. 5. 66



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-44

15.5.66

10.6.66

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Am 14./15. Mai 1966 führte der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. in Offenbach am Main seinen diesjährigen Bundeskongreß durch. An dem Kongreß nahmen rd. 150 Delegierte aus 60 Gruppen in der Bundesrepublik teil.

Arbeitsbericht des Vorstandes

In seinem Arbeitsbericht hob der Vorsitzende, Herbert Stubenrauch, hervor, daß der Verband mit der innerverbandlichen Entwicklung im vergangenen Jahr zufrieden sein könne. Wenn es gelänge, so zäh, stetig und unbeirrt wie seither, weiterzuarbeiten, brauche man keine Sorge zu haben, daß die - allerdings - noch immer schmale Basis, auf der wir innerhalb einer Rüstungsgesellschaft arbeiten, eines Tages abbröckeln könnte. Aber es sei auch noch viel an politischer Arbeit zu tun, meinte der Bundesvorsitzende, denn es gebe noch große und ungelöste Probleme, die auf dem Gebiet der Interessen von Kriegsdienstverweigerern vor uns lägen.

So seien zum Beispiel drei wichtige Forderungen, die wir an den Gesetzgeber zu richten haben, noch immer nicht erfüllt worden. Die erste Forderung ist die nach Wegfall der Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer. Wer die Dokumentation von Heinz Liepmann kenne, die beim Rohwoltverlag unter dem Titel "Kriegsdienstverweigerung, oder gilt das Grundgesetz noch?" herausgekommen sei, der wisse, in wie vielen Fällen die Prüfungsausschüsse zu einem Hindernis geworden seien, das freie Bürger davon abzuhalten trachte, von einem Grundrecht Gebrauch zu machen. Deshalb erscheine es unbedingt notwendig, daß diese Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer, die ja bezeichnenderweise von Beamten des Verteidigungsministeriums geleitet werden, wegfallen und daß damit dem einzelnen Bürger unmittelbar Zugang zu seinem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung garantiert wird. Eine zweite Forderung, die nach wie vor auf Erfüllung wartet, ist die nach Einrichtung eines wirklichen internationalen Friedensdienstes an Stelle des bisher ausschließlich sozialen Ersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer. In der Einschränkung der Tätigkeiten der Ersatzdienstleistenden auf ausschließlichen Dienst in Krankenhäusern und Heil- und Pflegeanstalten sehen wir *) Rückschritt in dieser Frage. Hier müsse noch viel getan, ver-

*) einen

-2-

handelt und gekämpft werden. Schließlich sei aber auch immer noch nicht erreicht, daß für unsere Gesinnungsfreunde in der DDR, die dort den Kriegsdienst aus Gewissensgründen verweigern, ein wirklicher ziviler Ersatzdienst eingerichtet wird. So begrüßenswert die Einführung einer gesetzlichen Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung in der DDR sei, so beklagenswert sei nach wie vor die Tatsache, daß viele Kriegsdienstverweigerer in den Baueinheiten der DDR zu militärischen oder paramilitärischen Diensten verpflichtet werden.

Aufklärungskampagnen zur Notstandsgesetzgebung

Der Bundeskongreß wendete sich in einem Beschluß weiterhin entschieden gegen die geplante Notstandsverfassung und gegen jegliche Notstandsgesetzgebung. In einem Antrag wurde die Durchführung von Protestaktionen und Aufklärungskampagnen gefordert. Es soll eine Koordinierung aller unabhängigen Verbände angestrebt werden, damit ein Protest gegen die Notstandsverfassung und die Notstandsgesetze auf breiter Basis erfolgen kann.

Kürzung der Bundesmittel für Wissenschaft und Forschung

Angesichts der außerordentlich hohen Verteidigungsausgaben bedauerte der Kongreß die Kürzung der Bundesmittel für Wissenschaft und Forschung. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer hält Ausgaben auf dem Gebiet von Wissenschaft, Forschung und Bildung auf lange Sicht für die Sicherheit der Bundesrepublik für sinnvoller und wirtschaftlicher als Geldmittel für Rüstung. Der Bundeskongreß fordert daher die zuständigen Organe von Bund und Ländern auf, bei den Haushaltsberatungen die Etats für Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur zu Lasten der Verteidigungsausgaben wesentlich zu erhöhen.

Podiumsgespräch mit FDJ und Deutschem Friedensrat

Einstimmig wurde ein vom Bundesvorstand eingebrachter Antrag angenommen, in dem der neu gewählte Bundesvorstand ermächtigt wurde, die FDJ und den Deutschen Friedensrat zu einem Podiumsgespräch unter dem Thema "Kriegsdienstverweigerung und Friedenssicherung" einzuladen.

Antrag zum Krieg in Vietnam

Der Kongreß bedauerte, daß die Bundesregierung unberechtigt im Namen des ganzen deutschen Volkes die moralische Unterstützung der amerikanischen Vietnampolitik zusicherte. Insbesondere wendete sich der Kongreß gegen jede deutsche materielle, wirtschaftliche oder militärische Unterstützung der kriegführenden Parteien. Der Bundeskongreß erklärte sich solidarisch mit der inneramerikanischen Opposition gegen die Vietnampolitik der Regierung Johnsons. Der VK wird den Plan der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden zur Errichtung eines Initiativ- und Verbindungsbüros "Vietnam-International" unterstützen. Dieses Büro wird in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Friedensorganisationen als erste Schritte eine europäische Delegation prominenter Persönlichkeiten zu US-Präsident Johnson entsenden und durch internationale Demonstrationen

vor amerikanischen Botschaften, Amerikahäusern und anderen offiziellen US-Gebäuden in Europa aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages am 4. Juli 1966 die US-Regierung auffordern, dem vietnamesischen Volk die Unabhängigkeit nicht länger vorzuenthalten.

Fusionsgespräche der beiden Kriegsdienstverweigererverbände

Die Delegierten des Kongresses begrüßten das zwischen den Bundesvorständen der Internationale der Kriegsdienstgegner und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer im Februar 1966 stattgefundenen Gespräch über die Möglichkeiten einer Fusion beider Verbände. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, die Gespräche fortzuführen.

Vorstandswahl

Der aus Wuppertal stammende, 28-jährige Lehrer Herbert Stubenrauch, welcher 4 Jahre den Verband als Vorsitzender leitete, kandidierte für dieses Amt nicht wieder. Zum neuen Bundesvorsitzenden wählten die Delegierten den 38-jährigen Verwaltungsbeamten Reinhold Settele aus Stuttgart. Reinhold Settele gehört zu den Mitbegründern der VK-Gruppen in Württemberg.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Geschäftsführer Werner Böwing, Solingen, gewählt.

Mit dem Mandat des Schatzmeisters betraute der Kongreß Hans A. Dresler aus dem Siegerland.

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Egon Becker, Frankfurt; Günter Fritz, Stuttgart; Hans Hammer, Stuttgart; Heinrich Hannover, Bremen; Hans H. Ploen, Hamburg; Alfred Riedel, Offenbach; Herbert Stubenrauch, Wuppertal; Fritz Villmar, Frankfurt.

605 Offenbach/Main, den 15. Mai 1966 - 2 - Riedel -

10. 6. 66



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

1.7.66

5.7.66

ED 718-7-46

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Erklärung zum amerikanischen Unabhängigkeitstag am 4. Juli und zum Krieg in Vietnam

Aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages werden in Amerika und in vielen europäischen Ländern verschiedene Aktionen stattfinden, die dafür eintreten, daß der Krieg in Vietnam auf friedlichem Wege beendet wird und daß die amerikanische Regierung dem vietnamesischen Volk die Unabhängigkeit nicht länger vorenthält.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer fühlt sich mit der amerikanischen Opposition zu Johnson's Vietnam-Politik solidarisch. Deshalb werden am 4. Juli die Gruppen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in mehreren Städten der Bundesrepublik Mahnwachen und Aufklärungsaktionen durchführen. Dabei wird ein Appell zur Verteilung gebracht, der folgenden Wortlaut hat:

"Am 4. Juli 1776 erklärten die 13 britischen Kolonien in Nordamerika ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. Damit hatte das amerikanische Volk einen langen und schweren Kampf gewonnen und den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker in die Geschichte eingeführt.

Am diesjährigen 4. Juli rufen wir alle diejenigen auf, die an dieses Recht eines Volkes glauben, seine Regierungsform zu bestimmen, daß sie sich gegen die militärische Intervention der Vereinigten Staaten oder jeder anderen fremden Macht in Vietnam wenden.

Wir tun dies nicht als Parteigänger irgendeiner politischen Bewegung, sondern als Freunde der Vereinigten Staaten und jener Freiheit, für die sie in der amerikanischen Revolution von 1776 eingetreten sind.

Als Thomas Jefferson in der Unabhängigkeitserklärung das Recht des Volkes verkündete, eine Tyrannei Herrschaft zu stürzen und sein Schicksal selbst zu bestimmen, sprach er für die Unterdrückten aller Erdteile und aller Zeiten.

Aber heute leidet das amerikanische Ansehen und die Sache der Freiheit bei jeder Bombe, die in Nordvietnam abgeworfen wird und bei jedem Schuß, der einen Menschen in Südvietnam trifft.

-2-

Es geht uns jedoch um mehr, als um den guten Ruf einer Nation, die in der Vergangenheit für die Freiheit eingetreten ist. Es geht uns um die geängstigten, hungernden Vietnamesen, von denen viele verwundet sind und zugrunde gehen, während Menschen in anderen Ländern ungestört ihren Geschäften nachgehen.

Es geht uns auch um die Freiheitsbeschränkung in China und anderen Ländern; die das amerikanische Vorgehen in Vietnam als Bedrohung all derer ansehen, die nicht dem amerikanischen Kurs folgen. Das militärische Vorgehen der USA in Vietnam liefert dort Begründung und Entscheidung zugleich dafür, jede "Abweichung" zu unterdrücken, um Einmütigkeit angesichts wachsender Befürchtungen zu erzielen.

Es geht uns um die schreckliche Ausweitung des Krieges in Vietnam in den vergangenen Jahren. Eine weitere militärische Eskalation könnte, absichtlich oder unabsichtlich, zum Krieg in China und einem atomären dritten Weltkrieg führen.

Vor allem geht es uns um den erschreckenden Tiefstand menschlicher Sittlichkeit und den Mangel an Mitgefühl, der in der unmenschlichen Behandlung von Mitmenschen in Vietnam zum Vorschein kommt.

Darum rufen wir unsere Mitbürger in Europa auf, ihrer moralischen Entrüstung Ausdruck zu geben. Das Gewissen Europas soll an das Gewissen Amerikas appellieren. Das Gewissen der Europäer soll sich an ihre eigenen Regierungen wenden."

Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Reinhold Settele, hat sich in einem Schreiben, das über die US-Botschaft in Bonn an Präsident Johnson gerichtet ist, den Appell zu eigen gemacht und gefordert:

- + Schluß mit dem Bombardement und dem Morden
- + Beenden Sie den Krieg in Vietnam
- + Ziehen Sie alle Ihre Truppen aus Vietnam zurück
- + Kehren Sie zurück zum Genfer Abkommen.

605 Offenbach/Main, den 1. Juli 1966 - Riedel - 2 -



pressediensst

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-47

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer
in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK)
bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung
eines Belegexemplares:

Die große Naturkatastrophe in Italien, von der besonders die Gebiete um Florenz betroffen sind, hat der Verband der Kriegsdienstverweigerer zum Anlaß genommen, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung aufzufordern, einer Gruppe von ersatzdienstleistenden Kriegsdienstverweigerern die Möglichkeit zur Mithilfe an Aufräumarbeiten in den von der Flutkatastrophe betroffenen Gebieten einzuräumen. In dem Schreiben an den Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung heißt es:

"Es dürfte Ihnen und Ihrem Hause zur Genüge bekannt sein, daß es der Wunsch einer großen Zahl von ersatzdienstpflichtigen Kriegsdienstverweigerern ist, ihren zivilen Ersatzdienst in Form eines völkerverbindenden Alternativdienstes ableisten zu können. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch aus dem Ersatzdienst in seiner augenblicklichen Form ein Nutzen für die Allgemeinheit erwächst; doch könnte dieser Nutzen um ein Vielfaches erweitert werden, wenn er zu einem echten Sozialdienst auf internationaler Ebene ausgestaltet würde.

Wir fordern Sie auf, dem Bundesverwaltungsamt Weisungen zu geben, damit eine Gruppe von Ersatzdienstleistenden Kriegsdienstverweigerern der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit erhält, bei den Aufräumarbeiten der von der Flutkatastrophe betroffenen Gebiete mitzuhelfen. An einer ehrlichen Bereitschaft, hier mitzuhelfen, wird es bei den Ersatzdienstleistenden nicht mangeln. Exekutive und Legislative sollten die Naturkatastrophe in Italien zum Anlaß nehmen, den zivilen Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer zu einem echten Alternativdienst an Stelle des Kriegsdienstes auszugestalten. Wir sind sicher, daß eine solche Regelung im In- und Ausland große Beachtung finden würde."

605 Offenbach, 8. Dezember 1966 - Riedel - 3 -

10.12.66



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-48

1.2.67

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

In einem offenen Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages hat der Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V. auf die äußerst bedenkliche Relation der Bildungs- und Forschungsausgaben zu den sogenannten Verteidigungsausgaben hingewiesen und festgestellt, daß in den nächsten Jahrzehnten zusätzliche Bildungsinvestitionen in Höhe von etwa 9 Milliarden Mark jährlich realisiert werden müssen, soll die deutsche Bildungskatastrophe abgewendet werden. Bei dieser Ziffer - 9 Milliarden DM zusätzlich pro Jahr - sind bekanntlich nicht etwa maximale, sondern minimale Forderungen zum Ausbau des deutschen Hochschul-, Schul- und Forschungssystems zu Grunde gelegt worden.

In dem Schreiben an die Bundestagsabgeordneten heißt es:

"Geht man von der Tatsache aus, daß in der Bundesrepublik gegenwärtig nur rd. 10 Milliarden DM für Bildungs- und Forschungszwecke von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt werden, während offensichtlich nahezu die doppelte Summe gebraucht würde, so zeigt sich hier eine erschreckende Finanzierungslücke in den öffentlichen Etats. Wenn man demgegenüber zugleich feststellt, daß seit 1959 der Rüstungsetat ohne Skrupel von 9 auf 18 - 20 Milliarden DM erhöht worden ist, so ergibt sich darauf nach unserer Auffassung eine sehr klare Antwort hinsichtlich der Überwindung des Bildungsnotstandes in der Bundesrepublik. Es wäre zweifellos notwendig, den Bildungsetat auf die Höhe des Rüstungsetats zu steigern und dementsprechend den Verteidigungshaushalt einschließlich der geplanten Notstandsfinanzierung zu reduzieren.

Wir sind uns bewußt, daß eine Umkehrung des Verhältnisses von Bildungs- und Rüstungsausgaben, wie wir sie als notwendig erachten, auf den ersten Blick als eine zu simple Lösung erscheinen mag. Wir können uns aber bei unserer Forderung auf international anerkannte Ergebnisse der politischen Wissenschaften berufen, wonach die Frage der Überlegenheit einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung entscheidend von der Bereitschaft zu einer expansiven Bildungspolitik abhängt. Dabei dürfte inzwischen allgemein bekannt sein, daß die Bildungsausgaben unserer östlichen Nachbarn, und insbesondere auch der DDR, um 50 - 100 % höher liegen als die der Bundesrepublik und, ganz abgesehen davon, daß die Bundesrepublik auch innerhalb der westlichen Industriestaaten an letzter Stelle rangiert.

-2-

Nach der Auffassung des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer läßt sich angesichts einer an überholten politischen Vorstellungen orientierten überdimensionierten Militärpolitik, durch die gerade die wesentlichsten Einsparungen zum Ausbau einer freiheitlichen Sozialordnung vereitelt werden, bereits heute der Tag absehen, an dem die Bundesrepublik in Folge ihrer katastrophalen unterentwickelten Bildungspolitik im Wettbewerb mit konkurrierenden Gesellschaftsordnungen des Westens wie des Ostens in eine hoffnungslose Unterlegenheit gerät.

Wir bitten Sie als die verantwortlichen Volksvertreter der Bundesrepublik diesen düsteren Perspektiven der westdeutschen Gesellschaftspolitik endlich eine große Beachtung zu schenken, damit die schlimmsten Folgen noch rechtzeitig abgewendet werden können."

Offenbach, 18.1.1967 - Riedel - 1 -



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-49

1. 2. 67

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK) bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ausweisung indonesischer Studenten aus der Bundesrepublik?

Nach dem angeblichen kommunistischen Putschversuch in Indonesien versuchen die neuen, extrem antikommunistischen Machthaber in Djakarta sowohl die einheimische Bevölkerung als auch die im Ausland lebenden Indonesier unter ihre Kontrolle zu bekommen. Um die in Europa lebenden indonesischen Studenten unter Regierungseinfluß zu schalten, wurde im Frühjahr 1966 in Paris ein regierungstreuer indonesischer Studentenverband (P.P.I.) gegründet. Indonesische Studenten, die dieser Organisation nicht beitreten, bekommen ihren Reisepaß nicht verlängert. Die P.P.I. hat inzwischen auch in der Bundesrepublik ihre Tätigkeit aufgenommen. Zusammen mit der indonesischen Botschaft in Bonn wird die "politische Zuverlässigkeit" und Regierungstreue der indonesischen Studenten in sogenannten "screening - Verfahren" überprüft. Man versucht dabei, die Studenten zur Denunziation oppositioneller Studenten zu bringen und fordert sie zur Liquidation derjenigen auf, die gegen die neue Ordnung sind.

Die Tätigkeit der totalitären Zwangsorganisation P.P.I. verstößt nach Ansicht des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) gegen die in der Bundesrepublik gültigen Gesetze. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer fordert die Bundesregierung auf, sämtlichen indonesischen Studenten, deren Reisepässe von der indonesischen Regierung nicht verlängert werden, Asylrecht zu gewähren. Gleichzeitig hält es der Verband der Kriegsdienstverweigerer für erforderlich, die Tätigkeit der P.P.I. in der Bundesrepublik zu unterbinden.

605 Offenbach, 30.1.1967 - Riedel - 2



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-50

1967

1.5.67
2.5.67

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer
in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK)
bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung
eines Belegexemplares:

Bundeskongress des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer führte seinen diesjähri-
gen Bundeskongreß am 29. und 30. April in Wuppertal durch. Der bis-
herige Bundesvorsitzende Reinhold Settele (Stuttgart) wurde
wiedergewählt. Als Stellvertretender Bundesvorsitzender wurde der
Gewerkschaftssekretär, Werner Böwing (Solingen) bestätigt.

Kriegsdienstverweigerer-Zahlen steigen

Im Geschäftsbericht für das vergangene Jahr wurde festgestellt,
daß die Zahl der Kriegsdienstverweigerungsanträge im vergangenen
Jahr erheblich angestiegen ist. Als Gründe für diese Entwicklung
wurde der Krieg in Vietnam und das wachsende politische Bewußt-
sein vor allem der akademischen Jugend angegeben.

Freiheit für Griechenland

Der Kongreß hat an die Bundesregierung appelliert, alle nur mög-
liche Schritte zu unternehmen um das Leben der politischen
Opfer des faschistischen Militärputsches in Griechenland zu
retten und für die sofortige Wiederherstellung demokratischer
Freiheiten in Griechenland tätig zu werden. Der Kongress
kündigte an, daß seine örtlichen Gruppen bei den diplomatischen
Vertretungen Griechenlands dieser Forderung durch Demonstrationen
Nachdruck verleihen werde.

Gewaltlosigkeit und Revolution

Einen wesentlichen Teil des Kongresses nahm die Diskussion
revolutionärer Befreiungskriege und die Entwicklung gewaltloser

- 2 -

Revolutionismethoden ein.

Ziviler Ungehorsam gegenüber der Notstandsgesetzgebung

Der Kongreß beauftragte den Bundesvorstand ein Aktionsprogramm zum Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung vorzubereiten in dem auch der Aspekt des zivilen Ungehorsams gegenüber den Militarisierungsgesetzen berücksichtigt werden soll.

Kriegsdienstverweigerung durch Soldaten

Angesichts der steigenden Zahl von Bundeswehrsoldaten, die den Kriegsdienst verweigern fordert der Kongreß, daß Soldaten der Bundeswehr, die während ihrer Dienstzeit den Militärdienst verweigern, sofort solange von ihrer Militärdienstleistung befreit werden, bis über ihren Antrag rechtskräftig entschieden ist.

Werbekampagne des Verbandes

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer wird im Herbst dieses Jahres eine umfangreiche Werbe- und Aufklärungskampagne im gesamten Bundesgebiet organisieren. Ziel dieser Werbekampagne ist, die wehrpflichtige Bevölkerung vor allem der Gebiete, die nicht durch die 52 örtlichen Gruppen des Verbandes erfaßt werden, auf das Recht der Kriegsdienstverweigerung aufmerksam zu machen.

605 Offenbach, den 1. Mai 1967 - Riedel - 4



pressediens

nachrichten zum problemkreis der kriegsdienstverweigerung

ED 718-7-51

Die Pressestelle des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer
in der WAR RESISTERS' INTERNATIONAL e.V. (VK)
bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung
eines Belegexemplares:

ABBERUFUNG DES BOTSCHAFTERS IN SÜDVIETNAM GEFORDERT

Der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Reinhold Settele (Stuttgart), hat heute in einem Schreiben an den Bundesminister des Auswärtigen die Abberufung von Botschafter Kopf gefordert. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

"Nach einer dpa-Meldung hat der Botschafter der Bundesrepublik in Saigon, Kopf, die Vietnam-Demonstrationen in Europa und insbesondere in West-Berlin "scharf verurteilt". Er "schäme sich", sagen zu müssen, " daß es auch in der geteilten deutschen Hauptstadt solche Demonstrationen gegeben habe".

Nicht genug, daß die Bundesrepublik bei einem Marionetten-Regime, dessen Regierungschef sich erklärtermaßen Hitler zum Vorbild erkoren hat, diplomatische Beziehungen unterhält, muß sich dieser Botschafter auch noch in so unerhörter Weise anbieten.

Die weltweiten Demonstrationen vom 21. Oktober richten sich gegen den unmenschlichen Krieg, den die US-Regierung gegen das vietnamesische Volk führt. Sie fordern demokratische Selbstbestimmung für die Vietnamesen, eine Forderung die gerade den Deutschen wohl ansteht, deren Staat - ähnlich wie heute die USA in Vietnam - so viel Unheil über andere Völker gebracht hat.

Ein deutscher Botschafter, der sich dafür schämt, daß für diese Meinung in Deutschland demonstriert wird, ist fehl am Platze. Die Bundesrepublik kann sich keine Kollaboration mit Diktatur und Völkermord leisten. Ich fordere Sie daher auf, die sofortige Abberufung des Herrn Kopf in die Wege zu leiten."

10. 11. 67

Stuttgart, den 25. Oktober 1967 - Settele - 9

14. 5. 63

VERTEILER I a (Bundesvorstand, Verbandsgeschäftsstelle und
Dokumentationsabteilung)

Bundesvorstand

ED 718-7-52

Vorsitzender	Herbert Stubenrauch 5600 Wuppertal-Elberfeld, Ludwigstr. Tel.: 45 17 80 29
stellvertr. Vorsitzender	Werner Böwing 5650 Solingen, Postfach 789 Tel.: tagsüber 230 77
Schatzmeister	Klaus Vack 6050 Offenbach, Lohrweg 15
Schriftführer	Klaus Vack
Referent für gesetzliche und freiw. Dienste	Hans H. Ploen 2000 Hamburg-Bahrenfeld Humperdinckweg 5 Tel.: 89 38 74
Rechtsreferent	Heinrich Hannover 2800 Bremen, U.L. Frauenkirchhof 24, Tel.: tagsüber 32 44 37 25
Referent für zentrale Aktionen	Alfred Riedel 7000 Stuttgart-Bad Cannstatt Kienbachstr. 57
Referent für Schulung und Bildung	Günter Lübcke 2000 Hamburg-Berne, Beim Farenland 2
Referent für Fragen der Ge- waltlosigkeit	Hans Hammer 7000 Stuttgart-Rohr, Orionweg 1 a
Referent für Gruppenbetreuung Süddeutschland	Hans-Joachim Arlt 6050 Offenbach, Waldstr. 164
Nordrheinwestfalen und Norddeutschland	Günter Schlatter 5000 Köln-Nippes, Nordstr. 74
Redaktion ZIVIL	Herbert Stubenrauch Werner Böwing Klaus Vack
Werbereferent	Werner Böwing
Auslandsreferent	Horst Maurer 6000 Frankfurt, Burgstr. 47

Verbandsgeschäftsstelle

Klaus Vack, 6050 Offenbach - 4, Postfach 648, Tel.: 88 37 64

Dokumentationsabteilung

Karl-Heinz Stahnke, 2070 Ahrensburg 1, Bogenstr. 14
Tel.: 5 55 07



die Zukunft
bestimmen

den Kriegsdienst
verweigern

VK-

BV (außer zivil)

4



Institut für Zeitgeschichte Archiv

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

17. 5. 63

VERTEILER II (Geschäftsstellen und Gruppenvorsitzende)

Achern	(2)	Karl Fischer 7590 Achern, Lindenweg 32
Balingen	(2)	Hermann Schneck 7460 Balingen, Zollernstr. 6
Bielefeld	(2)	Kurt Vogelsang 4800 Bielefeld, Marktstr. 8 Tel.: 6 62 97 (DGB)
Bochum	(2)	Abbi Kahn 4630 Bochum, Wiemelshausenerstr. 40
Bremen	(2)	VK - Bremen 2800 Bremen, U.L. Frauenkirchhof 24/25
Castrop Rauxel	(2)	Harald Schindler 4620 Castrop-Rauxel 1, Bochumer Str. 26
	(-)	Günter Lindner 4620 Castrop-Rauxel 4, Im Stahlkamp 59
Darmstadt	(2)	Rudolf Reinhardt 6100 Darmstadt, Landwehrstr. 17
Detmold	(1)	Sieglinde von Brockdorff 4930 Detmold, Hermannstr. 41
	(1)	Dr. Armin Prinz zur Lippe 4930 Detmold, Schanze 83
Dortmund	(3)	Heinz-Winfried Schlutz 4600 Dtm.-Aplerbeck, Köln-Berliner Str. 83
Düsseldorf	(3)	Jens A. Schütte 4000 Düsseldorf 1, Karlstr. 131 Tel.: 8 38 91
	(1)	VK - Düsseldorf 4000 Düsseldorf, Am Karlshof 1 bei Beckers, Tel.: 78 58 67
Duisburg	(2)	Klaus Kettner 4100 Duisburg-Meiderich, Unter den Ulmen 29
Emden	(2)	Joachim Blank 2970 Emden, Liekeweg 19
ERlingen	(2)	Horst Windshügel 7300 ERlingen-Zollberg, Bosslerstr. 6
Frankfurt	(4)	Helmut Zimmermann 6000 Frankfurt S 10, Mörfelder Landstr. 182 Tel.: 77 31 57 (Arbeitsstelle)
	(-)	VK - Frankfurt 6000 Frankfurt S 10, Hans Thoma-Str. 11 Tel.: 68 10 44

- Freiburg (3) Willy Laubert
7800 Freiburg, Am Radacker 6
- Gelsenkirchen (2) Helmut Bublitz
4650 Gelsenkirchen, Overhofstr. 76
- Gütersloh (2) Heinz Thiesbrummel
4830 Gütersloh, Grenzweg 47
- Hamburg (15) VK - Hamburg
2000 Hamburg 36, Große Bleichen 23/27
1. Stock, Zimmer 163
Tel.: 34 66 79
- (-) Hans Wörmer
2100 Hbg.-Harburg, Hainholzweg 111 d
- Hannover (5) VK - Hannover
3000 Hannover 1, Maschstr. 22
Haus der Jugend
- (-) Günter Klocker
3000 Hannover-Buchholz, Paracelsusweg 15
- Herford (2) Werner Eggert
4900 Herford, Kurfürstenstr. 14
Tel.: 44 49
- Hofheim (3) Norbert Weiler
6238 Hofheim, Neugasse 21
- Husum (2) VK - Husum
2250 Husum, Nordhusumer Str. 100
bei Harro Jebesen
- Iserlohn (5) Walter Dahmen
5860 Iserlohn, Kettenstr. 19
- (-) Bruno Gantenbrink
5750 Menden, Alter Böspenderweg
- Itzehoe (2) Walter Harder
2210 Itzehoe, Lohweg 12
- Kiel (2) Werner Titz
2300 Kiel, Mühlenweg 163
- Koblenz (2) Heinrich Bach
5400 Koblenz-Lützel, Mayener Str. 142
- Köln (5) Günter Schlatter
5000 Köln-Nippes, Nordstr. 74
- Konstanz (2) Heinz Weidenfeld
7750 Konstanz, Grießbeckstr. 31
- Krefeld (2) Adolf Schöll
4150 Krefeld-Hohenbudberg, Nieder-
feldweg 8, Tel.: 4 36 39
- (-) Lothar Schmitz
4150 Krefeld, Reinersweg 15
Tel.: 44 32 42
- Lampertheim (2) Heimo Eiermann
6480 Lampertheim Bürstädter Str. 19

Langen	(1)	Dieter Stroh 6070 Langen, Schillerstr. 16
	(1)	Hans Jäckel 6070 Langen, Peter-Müller-Str. 15
Lemgo	(2)	Ernst August Drexhage 4922 Brake, Freiligrathstr. 20
Leverkusen	(2)	Peter Gade 5090 Leverkusen, Am Eselsdamm 3 Tel.: 5 15 42
Lübeck	(2)	Hans Jürgen Willenberg 2400 Lübeck, Wendische Str. 61
Mainz	(2)	Willi Müller 6500 Mainz, Kaiser-Wilhelm-Ring 32
Mannheim	(3)	Harald Schöpferle 6800 Mannh.-Feudenheim, Damaschkering 33 Tel.: 2 59 12
Mettmann	(2)	Dr. Ernst-Moritz Klingenburg 4020 Mettmann, Lönsweg 10
München	(2)	Egon Joanni 8000 München 2, Blütenburgstr. 30/0 Tel.: 55 53 51
Nastätten	(2)	Rolf Hohner 5428 Nastätten, Brühlstr. 13
Neumünster	(2)	Karl-Heinz Horst 2350 Neumünster, Wichernstr. 11
Neuwied	(1)	Friedrich-Wilhelm Reinhard 5450 Neuwied, Pfarrstr. 49
Northeim	(2)	Siegfried Krüger 3400 Göttingen, Obere Masch 10
Offenbach	(6)	VK - Offenbach 6050 Offenbach, Bleichstr. 28
	(-)	Norbert Winkler 6083 Walldorf, E.-v.-Behring-Str. 18
Opladen	(2)	Werner Raschke 5670 Opladen, Rennbaumstr. 46
Osterode	(2)	Manfred Haberland 3360 Osterode, Freiheitsstr. 48
Pfungstadt	(2)	Robert Weisbrod 6102 Pfungstadt, Sandstr. 46
Remscheid	(4)	Gerhard Kahlefeld 5630 Remscheid, Stockderstr. 12
	(-)	Willi Schumacher 5630 Remscheid, Palmstr. 17
Rüsselsheim	(2)	Gustav Schnelle 6090 Rüsselsheim, Gg.-Treber-Str. 108

- Saar (2) Paul Woog
6600 Saarbrücken 3, Thüringer Str. 7
- Schwarzwald-Baar (2) Johannes Spörel
7713 Hüfingen, Wiesenstr. 1
- Siegerland (3) Lothar Braas
5902 Weidenau, Bruchstr. 1
- (1) Hans A. Dresler
5901 Obersdorf, Am Rex 9
Tel.: 2 29 78
- Singen (2) Ludwig Blenk
7700 Singen, Oberzellerhau 21
- Solingen (3) VK - Solingen
5650 Solingen, Kölner Str. 45
- (-) Günter Clemens
5650 Solingen, Oberstr. 56
- Stuttgart (2) VK - Stuttgart
7000 Stuttgart - W, Schloßstr. 60
- (1) Joachim Loës
7000 Stuttgart, Gähkopf 30
- Weilbach (1) Franz Flach
6091 Weilbach, Bahnhofstr. 3
- Westharz (2) Günter Bleisch
3381 Göttingerode, Kreisstr. 1
- Windischeschenbach (2) Alfred Ascherl
8486 Windischeschenbach, Stützelweg 544
- Witten (2) Gerd Wigmann
6810 Witten, Wideystr. 39
- Wuppertal (2) VK - Wuppertal
5600 Wuppertal-Barmen, Oberbergische Str. 4
- (1) Lothar Bergmann
5600 Wuppertal-Barmen, Liegnitzer Str. 55

VERTEILER I c (Kassenprüfer, Schiedsgericht, Mitarbeiter)

1. Kassenprüfer

Arnold Gründel, 3340 Wolfenbüttel, Adersheimerstr. 7
Tel.: 21 43

Hans Hampe, 2000 Hamburg 26, Carl-Petersen-Str. 43
Tel.: 25 32 79

Hans K. Knauer, 6050 Offenbach, Geschw.-Scholl-Str. 22

2. Bundesschiedsgericht

Vorsitzender Hans Wörmer
2100 Hbg.-Harburg, Hainholzweg 111 d
Tel.: 77 24 89

Beisitzer Gerhard Grüning
6000 Frankfurt W 13, Schloßstr. 22

Ulrich Scholderer
2100 Hbg.-Harburg, Wassmerstr. 42

Ersatzmann Herbert Mayer
6244 Niederreifenberg, Brunhildstr. 43

3. Mitarbeiter bei ZIVIL

"Die rechtliche Seite" Rüdiger Frank
7800 Freiburg, Wintererstr. 25

"Neues" Horst Maurer
6000 Frankfurt, Burgstr. 47

"Bibliographischer Wegweiser" Karl-Heinz Stahnke
2070 Ahrensburg 1, Bogenstr. 14

"Pazifistische Dienste" Dr. Wilhelm Ude
3370 Seesen, Horpkestr. 3

"Aus den Gruppen" Klaus Vack
6050 Offenbach, Lohrweg 15

4. Mitarbeiter des Referenten für gesetzliche und freiwillige Dienste

Friedensdienstausschuss Bruno Wendel
2000 Hamburg 13, Alsterkamp 26
Tel.: 58 33 92

IdK Dr. Dr. Albin Treiber
5449 Lütz, Kurheim Röhrig

5. Wichtige Mitglieder

Wilhelm Keller, Glasenbach b. Salzburg, Hellbrunner Verbindungs-
str. 7

Hans Hermann Köper, 5000 Köln 1, Wallrafplatz 2
Tel.: 21 87 58

Hans A. Nickel, 6000 Frankfurt 1, Bornwiesenweg 79, Red. Pardon

Martin Rehm, 8000 München 13, Zieblandstr. 37
Tel.: 55 09 95

Hans Konrad Tempel, 2070 Ahrensburg 1, Manhagner Allee 33

Harm Westendorf, 2000 Hamburg-Rissen, Gerlindweg 5
Tel.: 81 20 98

18. 7. 63 V.

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

VERTEILER I b (Bundesausschussmitglieder)

Bielefeld	Jörn Hempel 4800 Bielefeld, In der Steinheide 3 d
Dortmund	H.W. Schlutz 4600 Dortmund-Aplerbeck, Köln-Berliner- Str. 83
Düsseldorf	Hans Emter 4000 Düsseldorf, Schlesische Str. 72 bei Holzem Tel.: 7833 49 / 15851
Frankfurt	Erich Grosse 6000 Bergen-Enkheim Schelmenweg 1 Tel.: 714 - 359
Hamburg	Bruno Wendel 2000 Hamburg-Nienstedten, Jenischstr. 77
Hannover	Wolfgang Grußendorf 3000 Hannover-Linden, Gesmannstr. 8
Kiel	Werner Titz 2300 Kiel, Mühlenweg 163 Tel.: 5114-2906
Köln	Matthies Götz 5000 Köln, Lothringer Str. 25 Tel.: 33548
Mannheim	Heimo Eiermann 6840 Lampertheim, Bürstädter Str. 19
München	Egon Joanni 8000 München 2, Blütenburgstr. 30/0 Tel.: 555 351
Stuttgart	Reinhold Settele 7000 Stuttgart-W, Rosenbergstr. 103
Wuppertal	Lothar Bergmann 5600 Wuppertal-Barmen, Liegnitzer Str. 55

21. 8. 63

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

VERTEILER I b (Bundesausschussmitglieder)

Bielefeld	Jörn Hempel 4800 Bielefeld, In der Steinheide 3 d
Dortmund	H.W. Schlutz 4600 Dortmund-Aplerbeck, Köln-Berliner- Str. 83
Düsseldorf	Hans Emter 4000 Düsseldorf, Schlesische Str. 72 bei Holzem Tel.: 78 33 49 /1 58 51
Frankfurt	Erich Grosse 6000 Bergen Enkheim Schelmenweg 1 Tel.: 714 - 359
Hamburg	Bruno Wendel 2000 Hamburg-Nienstedten, Jenischestr. 77
Hannover	Wolfgang Grußendorf 3000 Hannover-Linden, Gesmannstr. 8
Kiel	Werner Titz 2300 Kiel, Mühlenweg 163 Tel.: 51 14 - 2906
Köln	Matthies Götz 5000 Köln, Lothringer Str. 25 Tel.: 3 35 48
Mannheim	Heimo Eiermann 6840 Lampertheim, Bürstädterstr. 19
München	Egon Joanni 8000 München 2, Blütenburgstr. 30/0 Tel.: 55 53 51
Offenbach	Norbert Winkler 6083 Walldorf, E.-v.-Behring-Str. 18
Stuttgart	Reinhold Settele 7000 Stuttgart-W, Rosenbergstr. 103
Wuppertal	Lothar Bergmann 5600 Wuppertal-Barmen, Liegnitzerstr. 55

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

5.5.64

ADRESSENLISTE 1964 (Bundesvorstand, Verbandsgeschäftsstelle,
Dokumentationsabteilung, Bundesschieds-
gericht, Redaktion ZIVIL)

Bundesvorstand

Vorsitzender	Herbert Stubenrauch 5600 Wuppertal-Elberfeld Ludwigstr. 29 Tel.: 75 17 80
stellvertr. Vorsitzender	Alfred Riedel 7000 Stuttgart-Bad Cannstatt Kienbachstr. 57
Schatzmeister	Klaus Vack 6050 Offenbach Lohrweg 15
Beisitzer	Egon Becker 6000 Frankfurt Eschersheimer Ldstr. 572
	Werner Böwing 5650 Solingen Postfach 789
	Hans Hammer 7000 Stuttgart-Rohr Orionstr. 1 a
	Heinrich Hannover 2800 Bremen U.L. Frauenkirchhof 24/25 Tel.: tagsüber 32 44 37
	Winfried Hille 4100 Duisburg Kortumstr. 90
	Dr. Fritz Katz 5860 Iserlohn Pastorenweg 2
	Horst Maurer 6000 Frankfurt-Schwanheim Am Ruhestein 43
	Hans H. Ploen 2000 Hamburg-Bahrenfeld Humperdinckweg 5 Tel.: 89 38 74

Verbandsgeschäftsstelle

Klaus Vack
6050 Offenbach - 4
Postfach 648
Tel.: 88 37 64

Dokumentationsabteilung

Karl-Heinz-Stahnke
2070 Ahrensburg 1
Bogenstr. 14
Tel.: 5 55 07

Kassenprüfer

Arnold Gründel
3340 Wolfenbüttel
Adersheimerstr. 7
Tel.: 21 43
Hans Hampe
2000 Hamburg 26
Carl-Petersen-Str. 43
Tel.: 25 32 79
Hans K. Knauer
6050 Offenbach
Geschw.-Scholl-Str. 22

Bundesschiedsgericht

Vorsitzender

Hans Wörmer
2100 Hamburg-Harburg
Hainholzweg 111 d
Tel.: 77 24 89

Beisitzer

Gerhard Grüning
6000 Frankfurt
Amöneburger Str. 48

Herbert Mayer
6392 Anspach
Frdr.-Ebert-Str. 9

Ersatzmann

Helmut Zimmermann
6000 Frankfurt S 10
Mörfelder Landstr. 182

Redaktion ZIVIL

Herbert Stubenrauch
Werner Böwing
Klaus Vack

Mitarbeiter bei ZIVIL

"Die rechtliche Seite"

Rüdiger Frank
7800 Freiburg
Wintererstr. 25

"Aktionen und Tatsachen"

Horst Maurer

"Bibliographischer
Wegweiser"

Karl-Heinz Stahnke

"Pazifistische Dienste"

Dr. Wilhelm Ude
3370 Seesen
Hörpkestr. 3

"Neues"

Klaus Vack

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

VERTEILER I b (Bundesausschussmitglieder)

Bielefeld	Jörn Hempel 4800 Bielefeld In der Steinheide 3 d
Dortmund	Hans Peter Sperlich 4753 Obermassen Breslauer Str. 15
Düsseldorf	Hans Emter 4000 Düsseldorf Schlesische Str. 72 c/o Holzem Tel.: Kaefer 78 42 86
Frankfurt	Karl Becker 6000 Frankfurt 1 Am Tiergarten 52
Hamburg	Georg Nebel 2000 Hamburg-Wandsbeck Steglitzer Str. 17 F
Hannover	Wolfgang Grußendorf 3000 Hannover-Linden Gesmannstr. 8
Kiel	Werner Titz 2300 Kiel Mühlenweg 163
Köln	Matthias Götz 5000 Köln Lothringer Str. 25 Tel.: 33 54 8
Mannheim	Walter Stallwitz 6800 Mannheim Sternwarte
München	Herbert Spiecker 8000 München 8 Prinzregentenplatz 23 Tel.: 45 89 78
Offenbach	Reiner Poller 6050 Offenbach-Waldheim Lohweg 10
Stuttgart	Reinhold Settele 7000 Stuttgart-W Rosenbergstr. 103
Wuppertal	Werner Kluge 5600 Wuppertal-Elberfeld Emil-Uellenbergplatz 4

VERTEILER I c (Kassenprüfer, Schiedsgericht, Mitarbeiter)

8. 5. 64

1. Kassenprüfer

Arnold Gründel, 3340 Wolfenbüttel, Adersheimerstr. 7
Tel.: 21 43

Hans Hampe, 2000 Hamburg 26, Carl-Petersen-Str. 43
Tel.: 25 32 79

Hans K. Knauer, 6050 Offenbach, Geschw.-Scholl-Str. 22

2. Bundesschiedsgericht

Vorsitzender

Hans Wörmer
2100 Hamburg-Harburg, Hainholzweg 111
Tel.: 77 24 89

Beisitzer

Gerhard Grüning
6000 Frankfurt
Amöneburger Str. 48

Herbert Mayer
6392 Anspach
Frdr.-Ebert-Str. 9

Ersatzmann

Helmuth Zimmermann
6000 Frankfurt S 10
Mörfelder Landstr. 182

3. Mitarbeiter bei ZIVIL

"Die rechtliche Seite" Rüdiger Frank
7800 Freiburg, Wintererstr. 25

"Aktionen und Tatsachen" Horst Maurer
6000 Frankfurt-Schwanheim
Am Ruhestein 43

"Bibliographischer Wegweiser" Karl-Heinz Stahnke
2070 Ahrensburg 1, Bogenstr. 14

"Pazifistische Dienste" Dr. Wilhelm Ude
3370 Seesen
Horpkestr. 3

"Neues" Klaus Vack
6050 Offenbach, Lohrweg 15

4. Wichtige Mitglieder

Hans Joachim Arlt, 6050 Offenbach, Waldstr. 164

Wilhelm Keller, Glasenbach b. Salzburg, Hellbrunner Verbindungs-
str. 7

Hans Hermann Köper, 5000 Köln 1, Wallrafplatz 2
Tel.: 21 87 58

Günter Lübcke, 2000 Hamburg-Berne, Beim Farenland 2
Tel.: 64 46 92 9

Hans A. Nickel, 6000 Frankfurt 1, Bornwiesenweg 79, Red. Pardon
Martin Rehm, 8000 München 13, Zieblandstr. 37
Tel.: 55 09 95

Günter Schlatter, 5000 Köln-Nippes, Nordstr. 74
Tel.: 73 37 31

Hans Konrad Tempel, 2070 Ahrensburg, Manhagner Allee 33
Tel.: 4876

Harm Westendorf, 2000 Hamburg-Rissen, Gerlindweg 5
Tel.: 81 20 98

ED 718-7-63

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

27. 5. 64

VERTEILER I a (Bundesvorstand, Verbandsgeschäftsstelle,
Dokumentationsabteilung, Ressortverteilung)

Bundesvorstand

Vorsitzender	Herbert Stubenrauch 5600 Wuppertal-Elberfeld Ludwigstr. 29
stellvertr. Vorsitzender	Alfred Riedel 7000 Stuttgart-Bad Cannstatt Kienbachstr. 57
Schatzmeister	Klaus Vack 6050 Offenbach Lohrweg 15
Beisitzer	Egon Becker 6000 Frankfurt Eschersheimer Ldstr. 572
	Werner Böwing 5650 Solingen Postfach 789
	Hans Hammer 7000 Stuttgart-Rohr Orionweg 1 a
	Heinrich Hannover 2800 Bremen U.L. Frauenkirchhof 24/25 Tel.: tagsüber 32 44 37
	Wilfried Hille 4100 Duisburg Brückner Str. 25 Tel.: 35 11 04/330700
	Dr. Fritz Katz 5860 Iserlohn Pastorenweg 2
	Horst Maurer 6000 Frankfurt-Schwanheim Am Ruhestein 43
	Hans H. Ploen 2000 Hamburg-Bahrenfeld Humperdinckweg 5 Tel.: 89 37 64
<u>Verbandsgeschäftsstelle</u>	6050 Offenbach - 4 Postfach 648, Waldstr. 99 Tel.: 88 37 64
<u>Dokumentationsabteilung</u>	Karl-Heinz Stahnke 2070 Ahrensburg 1 Bogenstr. 14 Tel.: 5 55 07

Schriftführer	Klaus Vack
Redaktion "ZIVIL"	Herbert Stubenrauch Egon Becker Klaus Vack
Referent für gesetzliche und freiwillige Dienste	Hans H. Ploen
Zentraler Friedensdienst- ausschuss, p.Adr.	Landesverband Hamburg 2000 Hamburg 36 Große Bleichen 23/27 1. Stock, Zimmer 163
Rechtsreferent	Heinrich Hannover
Referent für zentrale Aktionen	Wilfried Hille
Referent für die Koordinierung der VK-Bestrebungen zur Ge- waltlosigkeit	Dr. Fritz Katz
Referent Internationale Arbeit	Werner Böwing Horst Maurer
Referent für örtliche Organi- sationsarbeit und Werbung	Alfred Riedel
Gruppenbetreuung Nord	Dr. Fritz Katz
Gruppenbetreuung Nordrhein- Westfalen	Werner Böwing
Gruppenbetreuung Mitte	Hans Joachim Arlt 6050 Offenbach Waldstr. 164
Gruppenbetreuung Süd	Hans Hammer

VERTEILER II Geschäftsstellen und Gruppenvorsitzende)

~~8.5.64~~
= 4.6.64

- Aachen (W) (2) Helmut Krusing
5101 Oberforstbach, Pontsheide 28
- ~~Achern~~
= Mittel-Baden (S) (2) Wilfried Appelt
7591 Sasbach, F.-X.-Lender-Str. 352
- (2) Günter Lehner
7460 Kehl, Niedereichstr. 2
- Balingen (S) (2) Manfred Jetter
7460 Balingen, Obere Kirchstr. 18
- Bielefeld (W) (2) Kurt Vogelsang
4800 Bielefeld, Marktstr. 8
Tel.: 6 62 97 (DGB)
- Bochum (W) (2) Abbi Kahn
4630 Bochum, Wiemelshausenstr. 40
- Bremen (N) (1) VK-Bremen
2800 Bremen, U.L. Frauenkirchhof
24/25
- (1) Detlef Dahlke
2800 Bremen, W.-Wolter-Str. 50 A
- Castrop-Rauxel (W) (2) Harald Schindler
4620 Castrop-Rauxel 1, Bochumer
Str. 26
- (-) Günter Lindner
4620 Castrop-Rauxel 4, Im Stahlskamp
59
- Darmstadt (M) ✓ (1) Fritz Amann
6100 Darmstadt, Mauerstr. 13
- ✓ (1) Klaus Eskuche
6100 Darmstadt-Arheilgen, Stadtweg 35
- Detmold (W) (2) Wilfried Boye
4811 Oerlinghausen, Am Widfeld 8
- (1) Bodo Manstein
4930 Detmold, Am Wall 8
- Dortmund (W) (5) ~~Gerd Heinemann~~ Fritz Jost
4600 Dortmund-Mengede, ~~Mengeder~~
Boltstr 2 Schulstr. 49
- Düsseldorf (W) (4) Jens A. Schütte
4000 Düsseldorf 1, Fürstenwall 76
Tel.: 17279
- (1) Achim Cunitz
4000 Düsseldorf-Benrath, Hospitalstr.
19
- Duisburg (W) (2) Klaus Kettner
4100 Duisburg-Meiderich
Unter den Ulmen 29
- Emden (N) (2) Joachim Blank
2970 Emden, Liekeweg 19
- ERlingen (S) (2) Horst Windshügel
7300 ERlingen-Zollberg, BoBlerstr. 6

- Frankfurt (M) ✓ (4) Helmut Zimmermann
6000 Frankfurt S 10
Mörfelder Landstr. 182
Tel.: 77 31 57 (Arbeitsstelle)
- (-) VK-Frankfurt
6000 Frankfurt S10, Hans Thoma-Str. 11
- Freiburg (S) (3) Willy Laubert
7800 Freiburg, Am Radacker 6
- Friedberg (M) ✓ (2) Peter Tomsch
6360 Friedberg, Dieffenbachstr. 1
- Gelsenkirchen (W) (2) Helmut Bublitz
4650 Gelsenkirchen, Overhofstr. 76
- Gießen (M) ✓ (2) ~~Matthias~~ ^{Michael} Beltz
6300 Gießen, Glaubrechtstr. 12
- Hamburg (N) (15) VK-Hamburg
2000 Hamburg 36, Große Bleichen
1. Stock, Zimmer 163 23/27
Tel.: 34 66 79
- (1) Rüdiger Kintzel
2000 Hamburg-Groß Flottbeck, Waitzstr. 24
- Hannover (N) (5) VK-Hannover
3000 Hannover 1, Maschstr. 22
Haus der Jugend
- (1) Karl-Heinz Meyer
3000 Hannover-Buchholz, Rauschenplat-
Str. 9
- Herford (W) (2) Werner Eggert
4900 Herford, Kurfürstenstr. 14
Tel.: 44 49
- Hofheim (M) ✓ (3) Norbert Weiler
6238 Hofheim, Neugasse 21
- Husum (N) (2) VK-Husum
2250 Husum, Nordhusumer Str. 100
c/o Harro Jepsen
- Iserlohn (W) (5) ~~Walter Dahmen~~ Uwe SCHULTE
5860 Iserlohn, Kettenstr. 19 Teichstr 17
- (-) Dr. Fritz Katz
5860 Iserlohn, Pastorenweg 2
- Itzehoe (N) (2) Walter Harder
2210 Itzehoe, Lohweg 12
- Kiel (N) (2) Werner Titz
2300 Kiel, Mühlenweg 163
- Koblenz (M) (2) Heinrich Bach
5400 Koblenz-Lützel, Mayener Str. 142
- Köln (W) (5) VK-Köln
5000 Köln, Rosenstr. 18-22
- (-) Günter Schlatter
5000 Köln-Nippes, Nordstr. 74

Krefeld	(W)	(2)	Adolf Schöll 4150 Krefeld-Hohenbudberg Niederfeldweg 8 Tel.: 4 36 39
		(-)	Lothar Schmitz 4130 Moers, Kirchstr. 25/27
Langen	(M)	(1)	Günter Beck 6070 Langen, Gabelsberger Str. 23
Lemgo	(W)	(2)	Ernst August Drexhage 4922 Brake, Freiligrathstr. 20 Schwarzenmoor, Nr. 70
Leverkusen	(W)	(2)	Peter Gade 5090 Leverkusen, Am Eselsdamm 3 Tel.: 5 15 42
Lübeck	(N)	(2)	Hans Jürgen Willenberg 2400 Lübeck, Wendische Str. 61
Mainz	(M)	✓(1)	Willi Müller 6500 Mainz, Kaiser-Wilhelm-Ring 32
		✓(1)	Robert Nonnenmacher 6500 Mainz-Zahlbach, An der Schanze 26
Mannheim	(M)	(3)	Thielmann Schiel 6800 Mannheim, Meerwiesenstr. 14/Kalter
Marburg	(M)	✓(3)	Gerd Müller 3550 Marburg, An der Schanze 5
		(-)	Prof. Dr. Heinz Maus 3550 Marburg,
Mettmann	(W)	(2)	Dr. Ernst Moritz Klingenburg 4020 Mettmann, Lönsweg 10
München	(S)	(2)	Helmut Fischer 8000 München, Guldeinstr. 47 c/o Nußbaum
Nastätten	(M)	(2)	Rolf Hehner 5428 Nastätten, Brühlstr. 13
Neumünster	(N)	(2)	Reinhold Jokuschies 2351 Boostedt, Bergstr.
Neuwied	(M)	(1)	Friedrich-Wilhelm Reinhard 5450 Neuwied, Pfarrstr. 49
Northeim	(N)	(2)	Siegfried Krüger 3400 Göttingen, Obere Masch 10
Offenbach	(M)	(6)	VK-Offenbach 6050 Offenbach, Bleichstr. 28
		✓(-)	Reiner Poller 6050 Offenbach-Waldheim, Lohweg 10
Opladen	(W)	(2)	Werner Raschke 5670 Opladen, Rennbaumstr. 46
Pfungstadt	(M)	✓(2)	Robert Weisbrod 6102 Pfungstadt, Sandstr. 46

Remscheid	(W)	(4)	Gerhard Kahlefeld 5630 Remscheid, Stockderstr. 12
		(-)	Willi Schumacher 5630 Remscheid, Palmstr. 17
Rüsselsheim	(M)	✓ (2)	Werner Welskop 6090 Rüsselsheim, W.-Flex-Str. 112
Saar	(S)	(2)	Paul Woog 6600 Saarbrücken 3, Thüringer Str. 7
Siegerland	(W) (M)?	(3)	Wilfried Schneider 5901 Niederndorf, Freudenberger Str. 3
		(1)	Hans A. Dresler 5901 Obersdorf, Am Rex 9 Tel.: 2 29 78
Singen	(S)	(2)	Ludwig Blenk 7700 Singen, Oberzellerhau 21
Solingen	(W)	(3)	VK-Solingen 5650 Solingen, Kölner Str. 45
		(-)	Günter Klemens 5650 Solingen, Oberstr. 56
Stuttgart	(S)	(2)	VK-Stuttgart 7000 Stuttgart - S, ^{Filderstr. 63} Schloßstr. 60 (am Marienplatz)
		(-)	Alfred Riedel 7000 Stuttgart-Bad Cannstatt, Kienbachstr. 57
Westharz	(N)	(2)	Günter Bleisch 3381 Göttingerode, Kreisstr. 1
Witten	(W)	(2)	Gerd Wigmann 5810 Witten, Wideystr. 39
Wuppertal	(W)	(2)	VK-Wuppertal 5600 Wuppertal-Barmen Oberbergische Str. 4
		(1)	Lothar Bergmann 5600 Wuppertal-Barmen, Liegnitzer Str. 55

Der Bundesvorstand hat 4 seiner Mitglieder mit dem Referat für Gruppenbetreuung betraut. Hinter den Orten sind jeweils in Klammern Buchstaben angegeben, die kenntlich machen, zu welchem Gruppenbetreuungsbezirk diese Orte gehören: N = Nord, W = West, M = Mitte, S = Süd. Welches Bundesvorstandsmitglied bis zum Bundeskongress 1965 für die einzelnen Bezirke zuständig ist, ersehen Sie aus Verteiler I a.

56 Orte

Klammerziffern = Anzahl der zu erhalt. RS

15. 6. 65

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

VERTEILER I b (Bundesausschußmitglieder)

Bielefeld	Jörn Hempel 48 Bielefeld In der Steinheide 3 d
Dortmund	Winfried Pilzwegger 4600 Dortmund-Kirchderne Feldhauskamp 10
Düsseldorf	Hans Emter 4000 Düsseldorf Schlesische Str. 72 bei Holzem Tel.: Kaefer 78 42 86
Frankfurt	Karl Becker 6000 Frankfurt 1 Am Tiergarten 52
Hamburg	Bruno Wendel 2000 Hamburg-Nienstedten Jenisch-Str. 90
Hannover	Wolfgang Grubendorf 3000 Hannover-Linden Gesmannstr. 8
Kiel	Werner Titz 2300 Kiel Mühlenweg 163
Köln	Günter Schlatter 5000 Köln-Nippes Nordstr. 74
Mannheim	Harald Schöpferle 6800 Mannheim-Feudenheim Damaschkering 33
München	Herbert Spiecker 8000 München 8 Prinzregentenplatz 23 Tel. 45 89 78
Offenbach	Joachim Arlt 6050 Offenbach Waldstr. 134
Stuttgart	Reinhold Settele 7000 Stuttgart-W. Rosenbergstr. 103
Wuppertal	Werner Kluge 5600 Wuppertal-Elberfeld Emil-Uellenberg-Platz 4

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

VERTEILER I c (Kassenprüfer, Schiedsgericht, Mitarbeiter)

1. Kassenprüfer

Arnold Gründel, 3340 Wolfbüttel, Adersheimer Str. 7
Tel. 21 43

Hans Hampe, 2 Hamburg 26, Carl-Petersen-Str. 43, Tel. 25 32 79

Hans K. Knauer, 605 Offenbach, Geschw. Scholl-Str. 22
Tel. 8 12 87

2. Bundesschiedsgericht

Vorsitzender

Hans Wörmer
2100 Hamburg-Harburg, Hairholzweg 111 d
Tel. 77 24 89

Beisitzer

Gerhard Grüning
6000 Frankfurt,
Amöneburger Str. 48

Herbert Mayer
6392 Anspach, Fr. Ebert-Str. 9

3. Mitarbeiter bei
ZIVIL

"Die rechtliche Seite"

Rüdiger Frank
7800 Freiburg, Winterer Str. 25

"Bibliographischer Weg-
weiser"

Karl Heinz Stahnke,
2070 Ahrensburg 1
Bogenstr. 14

"Ziviler Friedensdienst"

Dr. Wilhelm Ude
3370 Seesen
Hörpkestr. 3

"Neues"

Alfred Riedel
6050 Offenbach
Buchrainweg 161

4. Wichtige Mitglieder

Wilhelm Keller

Glasenbach b. Salzburg,
Hellbrunner Verbindungsstr. 7

Hans Hermann Köper

5000 Köln 1, Wallrafplatz 2, Tel. 21 87 58

Günter Lübcke

2000 Hamburg-Berne, Beim Farenland 2
Tel. 6446929

Hans A. Nikel

6000 Frankfurt 1, Bornwiesenweg 79
Red. Pardon

Martin Rehm

8000 München 13, Zieblandstr. 37
Tel. 55 09 95

Hans Konrad Tempel

2070 Ahrensburg, Manhagner Allee 33
Tel. 48 76

Harm Westendorf

2000 Hamburg-Rissen, Gerlindweg 5
Tel. 81 20 98

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

VERTEILER II (Geschäftsstellen und Gruppenvorsitzende)

Aachen	(W)	(2)	Helmut Krusing 5101 Oberforstbach, Pontsheide 28
Balingen	(S)	(2)	Manfred Jetter 7460 Balingen, Obere Kirchstr. 18
Bielefeld	(W)	(2)	Kurt Vogelsang 4800 Bielefeld, Marktstr. 8 Tel. 6 62 97 (DGB)
Bremen	(N)	(1)	VK Bremen 2800 Bremen, U.L.Frauen Kirchhof 24/25
		(1)	Detlef Dahlke 2800 Bremen, W.-Wolter Str. 50 A
Castrop-Rauxel	(W)	(2)	Harald Schindler 4620 Castrop-Rauxel 1 Bochumer Str. 26
Darmstadt	(M)	(1)	Fritz Amann 6100 Darmstadt, Liebfrauenstr. 95
		(1)	Klaus Eskuche 6100 Darmstadt-Arheiligen Stadtweg 35
Detmold	(W)	(2)	Winfried Boye 4811 Oerlinghausen, Am Widfeld 8
		(1)	Bodo Manstein 4930 Detmold, Am Wall 8
Dortmund	(W)	(5)	Winfried Pilzweger 4600 Dortmund-Kirchderne Feldhauskamp 10
		(3)	Hans Peter Sperlich (Gesch.führer) 4753 Obermassen, Breslauer Str. 15
		()	
Düsseldorf	(W)	(1)	Heinz Boecker 4000 Düsseldorf, Schillerstr. 30
		(4)	Jens A. Schütte 4000 Düsseldorf 1, Fürstenwall 76 Tel. 17 27 9
		(1)	Achim Cunitz 4000 Düsseldorf-Benrath Hospitalstr. 19

Duisburg	(W)	(2)	Klaus Kettner 4100 Duisburg-Meiderich Unter den Ulmen 29
Esslingen	(S)	(2)	Horst Windshügel 7300 Esslingen-Zollberg, Boßlerstr.6
Frankfurt	(M)	(1)	Norbert Winkler 6083 Walldorf, E.-v.-Behringstr.18
		(1)	Horst Maurer 6000 Frankfurt-Schwanheim Am Ruhestein 43
		(6)	VK-Frankfurt 6000 Frankfurt S 10 Münchener Str. 38
Freiburg	(S)	(3)	Willi Laubert 78 Freiburg, Am Radacker 6
Friedberg	(M)	(2)	Gerhard Herbert 6361 Rodheim, Holzhäuser Str. 39
Gelsenkirchen	(W)	(2)	Helmut Bublitz 4650 Gelsenkirchen, Overhofstr.76
Gießen	(M)	(2)	Michael Beltz 63 Gießen, Glaubrechtstr. 12
		(1)	Dietmar Garbe 63 Gießen, Nahrungsberg 10
Hamburg	(N)	(15)	VK Hamburg 2000 Hamburg 36, Große Bleichen 23/27, I. Stock, Zi.163 Tel. 34 66 79
		(1)	Dr. Wilhelm Peters 2000 Hamburg-Harburg Heimfelder Str. 56
Hannover	(N)	(2)	VK Hannover 3000 Hannover 1 Maschstr. 22, Haus d. Jugend
		(1)	Karl Heinz Meyer 3000 Hannover-Buchholz Rauschenplatstr. 9
Herford	(W)	(2)	Werner Eggert 4900 Herford, Kurfürstenstr. 14 Tel. 44 49
Hofheim	(M)	(3)	Norbert Weiler 6231 Niederhofheim, Gartenstr.8

Husum	(N)	(2)	Karl Friedrich Hagemann 2250 Husum, Neustadt 110
Iserlohn	(W)	(5)	Uwe Schulte 5860 Iserlohn, Teichstr. 17
		(-)	Dr. Fritz Katz 5860 Iserlohn, Pastorenweg 2
Itzehoe	(N)	(2)	Walter Harder 2210 Itzehoe, Lohweg 12
Kiel	(N)	(4)	Werner Titz 2300 Kiel, Mühlenweg 163
Köln	(W)	(5)	VK Köln 5000 Köln, Rosenstr. 18-22
		(-)	Günter Schlatter 5000 Köln-Nippes, Nordstr. 74
Krefeld	(W)	(2)	Adolf Schöll 4150 Krefeld-Hohenbudberg Niederfeldweg 8, Tel.436 39
		(-)	Lothar Schmitz 4130 Meers, Kirchstr. 25/27
Langen	(M)	(1)	Günter Beck 6070 Langen, Gabelsberger Str.23
Lemgo	(W)	(2)	Ernst August Drexhage 4900 Schwarzenmoor Nr. 70
Leverkusen	(W)	(2)	Peter Gade 5090 Leverkusen, Am Eselsdamm 3 Tel.515 42
Lübeck	(N)	(2)	Hans Jürgen Willenberg 2400 Lübeck, Wendische Str. 61
		(1)	Hartmut Fiedler 6500 Mainz, Große Bleiche 29 b. Buchhandlung Gutenberg
Mainz	(M)	(1)	Robert Nonnenmacher 65 Mainz, Bilhildi str. 15 Tel. 2 31 97
		(3)	Harald Schöpferle 6800 Mannheim-Feudenheim Damaschkering 33
Marburg	(M)	(3)	Gerd Müller 3550 Marburg, A.d.Schanze 5
		(-)	Prof. Dr. Heinz Maus 3550 Marburg

Mettmann	(W)	(2)	Dr. Ernst Moritz Klingenburg 4020 Mettmann, Lönsweg 10
Mittelbaden	(S)	(2)	Wilfried Appelt 7591 Sasbach, F.-X.-Lender-Str. 352
		(2)	Günter Lehner 7460 Kehl, Niedereichstr. 2
München	(s)	(2)	Helmut Fischer 8000 München, Guldeinstr. 47 bei Nußbaum
		(1)	VK München 8000 München 2, Blumenstr. 13/IV
Neumünster	(N)	(2)	Reinhold Jokuschies 2351 Boostedt, Bergstraße
Neuwied	(M)	(1)	Friedrich Wilhelm Reinhard 5450 Neuwied, Pfarrstr. 49
Northeim	(N)	(2)	Siegfried Krüger 3400 Göttingen, Obere Masch 10
Offenbach	(M)	(6)	VK Offenbach 605 Offenbach, Bleichstr. 28
Opladen	(W)	(2)	Werner Raschke 5670 Opladen, Rennbaumstr. 46
Pfungstadt	(M)	(2)	Robert Weisbrod 6102 Pfungstadt, Sandstr. 46
Remscheid	(W)	(4)	Gerhard Kahlefeld 5630 Remscheid, Stockderstr. 12
		(-)	Willi Schumacher 5630 Remscheid, Palmstr. 17
Rüsselsheim	(M)	(2)	Werner Welskop 6090 Rüsselsheim, Frankf.Str. 2
Saar	(s)	(2)	Paul Woog 6600 Saarbrücken 3, Thüringer Str. 7
Siegerland	(M)	(1)	Karl A. Schneider 5901 Niederndorf, Freudenberger Str. 3
		(1)	Reiner Jung 5900 Siegen, Im neuen Hof 50
		(-)	Hans A. Dresler 5901 Obersdorf, Am Rex 9 Tel. 2 29 78

- Siegerland (1) Christoph Tendies
5905 Freudenberg, Eichstattweg 398
- Singen (S) (2) Ludwig Blenk
7700 Singen, Oberzellerhau 21
- Solingen (W) (3) VK Solingen
5650 Solingen, Kölner Str. 45
- (-) Günter Klemens
5650 Solingen, Oberstr. 56
- Stuttgart (S) (2) VK Stuttgart
7000 Stuttgart S, Filderstr. 63
beim Marienplatz
- (1) Joachim Loes
7000 Stuttgart-N, Gähkopf 30
- Westharz (N) (1) Dr. Wilhelm Ude
3370 Seesen, Horpkestr. 3
- (1) Günter Bleisch
3381 Göttingerode, Kreisstr. 1
- (1) Horst Klein
3381 Astfeld, Goslarsche Str. 13
- (1) W. Wedekind
3380 Goslar, Hogauer Str. 35
- (1) Barbara Trumfchelb
3380 Goslar, Birkenhof
- Witten (W) (2) Gerd Wiggmann
5810 Witten-Annen, Fröbelstr. 36
- Wuppertal (W) (2) VK Wuppertal
5600 Wuppertal-Barmen
Oberbergische Str. 4
- (1) Adolf Kerdels
5600 Wuppertal-Elberfeld
Seilerstr. 30

Institut für Zeitgeschichte Archiv

21. 7. 66

21. 7. 66

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Verteiler I a (Bundesvorstand, Verbandsgeschäftsstelle,
Dokumentationsabteilung, Ressortverteilung)

Bundesvorstand .

Vorsitzender	Reinhold Settele 7000 Stuttgart-W. Rosenbergstr. 103
stellvertr. Vorsitzender	Werner Böwing 5650 Solingen Postfach 789
Schatzmeister	Hans Adolf Dresler 5901 Obersdorf/Kreis Siegen Am Rex 9
Beisitzer	Egon Becker 6000 Frankfurt/Main Eschersheimer Landstr. 572
	Günter Fritz 7000 Stuttgart 1 Bebelstr. 106
	Hans Hammer 7000 Stuttgart-Rohr Orionweg 1 a
	Heinrich Hannover 2800 Bremen U.L. Frauen Kirchhof 24/25
	Hans H. Ploen 2000 Hamburg-Bahrenfeld Humperdinckweg 5
	Alfred Riedel 6050 Offenbach Buchrainweg 161
	Herbert Stubenrauch 5600 Wuppertal-Elberfeld Ludwigstr. 29
	Fritz Vilmar 6000 Frankfurt Sandbergsgäßchen 93
<u>Verbandsgeschäftsstelle</u>	6050 Offenbach/Main 4 Buchrainweg 161 Postfach 648 Telefon: 886051/52
<u>Dokumentationsabteilung</u>	Karl Heinz Stahnke 2070 Ahrensburg 1 Bogenstr. 14 Tel. 55507

(2)

Schriftführer	Alfred Riedel
Redaktion ZIVIL	Herbert Stubenrauch (verantwortlich) Egon Becker Alfred Riedel
Referent für gesetzliche und freiwillige Dienste	Hans H. Ploen
Rechtsreferent	Heinrich Hannover
Referent für zentrale Aktionen	Egon Becker
Referent für Schulung und Bildung	Fritz Vilmar
Referent für Gruppen- betreuung	Alfred Riedel
Werbereferent	Günter Fritz
Auslandsreferent	Werner Böwing
Referent für grundsätz- liche Fragen zur Kriegs- dienstverweigerung	Hans Hammer

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Verteiler I b (Bundesausschußmitglieder)

Bielefeld		Jörn Hempel 4800 Bielefeld In der Steinheide 3 d
Dortmund		Fritz Joost 4600 Dortmund 1 Boldtstr. 2
Düsseldorf		Hans Emter 4000 Düsseldorf Südstr. 3
Frankfurt		Norbert Winkler 6083 Walldorf E.v.Behringstr. 18
Hamburg		Bruno Wendel 2000 Hamburg-Nienstedten Jenischstr. 90
Hannover		Wolfgang Großendorf 3000 Hannover-Linden Gesmannstr. 8
Kiel	(4)	Werner Titz 2300 Kiel Mühlenweg 163
Köln		Hermann Rosendahl 5000 Köln-Ehrenfeld Philippstr. 50
Mannheim	(2)	Harald Schöpferle 6800 Mannheim-Feudenheim Damaschkering 33
München	(2)	Helmut Fischer 8000 München Guldeinstr. 47 bei Nußbaum
Stuttgart		Artur Epp 7000 Stuttgart-W. Lenastr. 14
Wuppertal		Werner Kluge 5600 Wuppertal-Elberfeld Emil-Uellenberg Platz 4

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Verteiler I c (Kassenprüfer, Schiedsgericht, Mitarbeiter)

1. Kassenprüfer

Klaus Vack, 605 Offenbach/Main, Lohrweg 15
Norbert Winkler, 6083 Walldorf, E.v.Behring Str. 18
Hans K. Knauer, 605 Offenbach, Geschw.Scholl Str. 22

2. Bundesschiedsgericht

Vorsitzender	Hans Wörmer 2100 Hamburg-Harburg, Hainholzweg 111d Tel. 772489
Beisitzer	Gerhard Grüning 6000 Frankfurt/Main Amöneburger Str. 48
	Herbert Mayer 6392 Anspach, Fr.Ebert Str. 9
Ersatzmann	Werner Titz 2300 Kiel, Mühlenweg 163

3. Mitarbeiter bei ZIVIL

"Die rechtliche Seite"	Rüdiger Frank 7800 Freiburg, Winterer Str. 25
"Bibliographischer Weg- weiser"	Karl Heinz Stahnke 2070 Ahrensburg 1, Bogenstr. 14
"Ziviler Friedensdienst"	Dr.Wilhelm Ude 3370 Seesen, Horpkestr. 3
"Neues"	Alfred Riedel 6050 Offenbach, Buchrainweg 161
"Internationales"	Werner Böwing 5650 Solingen, Postfach 789

4. Wichtige Mitglieder

Wilhelm Keller	Glasenbach bei Salzburg Hellbrunner Verbindungsstr. 7
Hans Hermann Köper	5000 Köln 1, Wallrafplatz 2 Tel. 218758
Günter Lübcke	2000 Hamburg-Berne, Beim Farenland 2 Tel. 6446929
Hans A. Nickel	6000 Frankfurt/Main 1, Hebelstr. 11 (Redaktion Pardon)
Martin Rehm	8000 München 13, Zieblandstr. 37 Tel. 550995
Hans Konrad Rempel	2070 Ahrensburg, Föhrenstieg 8 Tel. 2223
Harm Westendorf	2000 Hamburg-Rissen, Gerlindweg 5 Tel. 812098
Dr. Fritz Katz	5860 Iserlohn, Pastorenweg 2

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Verteiler II (Geschäftsstellen und Gruppenvorsitzende)

Aachen	(2)	Helmut Krusing 5101 Oberforstbach, Pontsheide 28
Balingen	(1)	Manfred Jetter 7467 Balingen, Obere Kirchstr. 18
Bielefeld	(1)	Wilfried Blome 4800 Bielefeld, Im Siekerfelde 18
	(1)	Kurt Vogelsang 4811 Hillegossen, Am Ballerring 333
	(1)	Paul Merlau 4800 Bielefeld, Karl Hoffmann Str. 23
	(-)	Jörn Hempel 4800 Bielefeld, In der Steinheide 3d
Bremen	(1)	VK Bremen 2800 Bremen, U.L.Frauen Kirchhof 24/25
	(1)	Detlef Dahlke 2800 Bremen, W.Wolter Str. 50 a
Castrop-Rauxel	(2)	Harald Schindler 4620 Castrop-Rauxel 1, Bochumer Str.26
Darmstadt	(1)	Fritz Amann, 6100 Darmstadt, Liebfrauenstr. 95
	(1)	Klaus Eskuche 6101 Weiterstadt Hans Böckler Str. 3
Detmold	(2)	Winfried Boye 4811 Derlinghausen, Am Widfeld 8
	(1)	Bodo Manstein 4930 Detmold, Am Wall 8
Dortmund	(1)	Helmut Gravemann 4600 Dortmund-Barop, Reichenberger Str. 56
	(1)	Reinhard Baden 4600 Dortmund, Schützenstr. 165
	(6)	Hans Peter Sperlich 4753 Obermassen, Breslauer Str. 15
Düsseldorf	(1)	Achim Cunitz 4000 Düsseldorf-Benrath Hospitalstr. 19

Düsseldorf	(1)	Ludwig Spiecker 4000 Düsseldorf-Gerresheim, Am Zollhaus 27
	(7)	Jens A. Schütte 4000 Düsseldorf 1, Talstr. 42 Tel. 17279
Duisburg	(2)	Klaus Kettner 4100 Duisburg-Meiderich, U.d.Ulmen 29
Esslingen	(2)	Horst Windshügel 7300 Esslingen-Zollberg, Boßlerstr.6
Frankfurt	(-)	Fritz Vilmar 6000 Frankfurt/M., Sandbergsgäßchen 93
	(1)	Horst Maurer 6000 Frankfurt-Schwanheim Am Ruhestein 43
	(6)	VK Frankfurt 38 6000 Frankfurt/Main-S 10, Münchener Str.
Freiburg	(3)	Willi Laubert 7800 Freiburg, Am Radacker 6
Friedberg	(2)	Gerhard Herbert 6361 Rodheim v.d.H., Holzhäuser Str.39
Gelsenkirchen	(2)	Helmut Bublitz 4650 Gelsenkirchen, Overhofstr. 76
Gießen	(1)	Gerhard Stehr 6300 Gießen, Professorenweg 10
Hamburg	(10)	VK Hamburg 2000 Hamburg 36, Gr.Bleichen 23-27 I. Stock, Zi. 163, Tel.346679
	(1)	Dr.Wilhelm Peters 2100 Hamburg-Harburg, Heimfelder Str.56
Hannover	(2)	VK Hannover 3000 Hannover- 1, Maschstr.22 Haus der Jugend
	(1)	Karl Heinz Meyer 3000 Hannover-Buchholz, Rauschen- platzstr. 9
Hanau	(3)	Uwe Engel 645 Hanau, Sandeldamm 13
Herford	(2)	Werner Eggert, 4900 Herford, Kurfürstenstr. 14 Tel. 4449
Hofheim	(2)	Norbert Weiler 6231 Niederhofheim, Gartenstr. 8

Husum (2) Karl Friedrich Hagemann
2250 Husum, Neustadt 110

Iserlohn (5) Uwe Schulte
5860 Iserlohn, Klopstockstr.18

(-) Dr. Fritz Katz
5860 Iserlohn, Pastorenweg 2

Itzehoe (2) Walter Harder
2210 Itzehoe, Lohweg 12

Kiel (-) Werner Titz
2300 Kiel, Mühlenweg 163

Köln (8) VK Köln
5000 Köln, Rosenstr.18-22

(-) Hermann Rosendahl
5000 Köln-Ehrenfeld, Philippstr.50

(1) Günter Schlatter
5000 Köln-Nippes, Nordstr. 74

Krefeld (2) Adolf Schöll
4150 Krefeld- Hohenbudberg,
Niederfeldweg 8, Tel.43639

(-) Lothar Schmitz
4130 Moers, Kirchstr. 25/27

Langen (1) Günter Beck
6070 Langen, Gabelsberger Str. 23

Lemgo (2) Ernst August Drexhage
4900 Schwarzenmoor Nr. 70

Leverkusen (2) Peter Gade
5090 Leverkusen, Am Eselsdamm 3
Tel. 51542

Lübeck (1) VK Lübeck
2400 Lübeck, Glockengießerstr.6

(2) Hans Jürgen Willenberg
2400 Lübeck, Wendische Str. 61

(1) Cai Pasch
2067 Reinfeld, Alter Garten 7

Mainz (1) Hartmut Fiedler
6500 Mainz, Große Bleiche 29
bei Buchhandlung Gutenberg

(1) Robert Nonnenmacher
6500 Mainz, Bilhildisstr. 15
Tel. 2397

Mannheim (-) Harald Schöpferle
6800 Mannheim-Feudenheim
Damaschkering 33

- Marburg (4) Gerd Müller
3550 Marburg, An der Schanze 5
- (1) H.R.Schießer
3550 Marburg, Mainzer Gasse 27
- (-) Heinz Maus, Prof. Dr.
3550 Marburg, Wilh.Roser Str.32
Tel.4536
- Mettmann (1) Dr.Ernst Moritz Klingenburg
4020 Mettmann, Lönsweg 10
- Mittelbaden (2) Wilfried Appelt
7591 Sasbach, F.-X.-Lender Str.352
- (2) Günter Lehner
7460 Kehl, Niedereichstr. 2
- München (-) Helmut Fischer
8000 München, Guldeinstr.47
bei Nußbaum
- (1) VK München
8000 München 2, Blumenstr. 13/IV
- Neuwied (1) Friedrich Wilhelm Reinhard
5450 Neuwied, Pfarrstr. 49
- Northeim (2) Siegfried Krüger
3400 Göttingen, Obere Masch 10
- Opladen (2) Werner Raschke,
5670 Opladen, Rennbaumstr. 46
- Pfungstadt (2) Robert Weisbrod
6102 Pfungstadt, Sandstr. 46
- Remscheid (4) Dieter Alvermann
5630 Remscheid, Lennepstr. 126
- (-) Anton Schubert
563 Remscheid, Burger Str. 116
- Rüsselsheim (2) Werner Welskop
6090 Rüsselsheim, Frankf.Str.2
- Saar (2) Paul Woog,
6600 Saarbrücken 3, Thüringer Str.7
- Siegerland (1) Karl A. Schneider
5901 Niederndorf, Freudenberger Str.3
- (-) Hans A. Dresler
5901 Obersdorf, Am Rex 9, Tel.22978
- Singen (2) Ludwig Blenk
7700 Singen, Oberzellerhau 21

- Solingen (3) VK Solingen
5650 Solingen, Kölner Str. 45
- (1) Günter Klemens
5650 Solingen, Oberstr.56
- Stuttgart (2) VK Stuttgart
7000 Stuttgart S, Filderstr. 63
- (+) Artur Epp
7000 Stuttgart-W., Lenaustr. 14
- Westharz (-) Dr.Wilhelm Ude
3370 Seesen, Horpkestr. 3
- (1) Günter Bleisch
7417 Urach, Haus am Berg
- (1) Horst Klein,
3381 Astfeld, Goslarsche Str.13
- (1) W. Wedekind
3380 Goslar, Hogauerstr. 35
- (1) Barbara Trumpfheller
3380 Goslar, Birkenhof
- (1) Dieter Voss
3380 Goslar, Breite Str. 78
- Witten (2) Gerd Wigmann
5810 Witten-Annen, Froebelstr. 36
- Wuppertal (2) VK Wuppertal
5600 W.-Barmen, Oberbergische Str.4
- (1) Christoph Klipstein
5600 w.-Barmen, Westkotter Str.63

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

~ 1968

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Verteiler II (Geschäftsstellen und Gruppenvorsitzende)

Aachen	(2)	Helmut Krusing 5101 Oberforstbach, Pontsheide 28
Balingen	(1)	Manfred Jetter 7467 Balingen, Obere Kirchstr. 18
Bielefeld	(1)	Wilfried Blome 4800 Bielefeld, Im Siekerfelde 18
	(1)	Kurt Vogelsang 4811 Hillegossen, Am Ballerring 333
	(1)	Paul Merlau 4800 Bielefeld, Karl Hoffmann Str. 23
Bremen	(-)	Jörn Hempel 4800 Bielefeld, In der Steinheide 3d
	(1)	VK Bremen 2800 Bremen, U.L.Frauen Kirchhof 24/25
Castrop-Rauxel	(1)	Detlef Dahlke 2800 Bremen, W.Wolter Str. 50 a
	(2)	Harald Schindler 4620 Castrop-Rauxel 1, Bochumer Str.26
Darmstadt	(1)	Fritz Amann, 6100 Darmstadt, Liebfrauenstr. 95
	(1)	Klaus Eskuche 6101 Weiterstadt Hans Böckler Str. 3
Detmold	(2)	Winfried Boye 4811 Oerlinghausen, Am Widfeld 8
	(1)	Bodo Manstein 4930 Detmold, Am Wall 8
Dortmund	(1)	Helmut Gravemann 4600 Dortmund-Barop, Reichenberger Str. 5G
	(1)	Reinhard Baden 4600 Dortmund, Schützenstr. 165
	(6)	Hans Peter Sperlich 4753 Obermassen, Breslauer Str. 15
Düsseldorf	(1)	Achim Cunitz 4000 Düsseldorf-Bennrath Hospitalstr. 19

- Düsseldorf (1) Ludwig Spiecker
4000 Düsseldorf-Gerresheim,
Am Zollhaus 27
- (7) Jens A. Schütte
4000 Düsseldorf 1, Talstr. 42
Tel. 17279
- Duisburg (2) Klaus Kettner
4100 Duisburg-Meiderich, U.d.Ulmen 29
- Esslingen (2) Horst Windshügel
7300 Esslingen-Zollberg, Boßlerstr.6
- Frankfurt (-) Fritz Vilmar
6000 Frankfurt/M., Sandbergsgäßchen 93
- (1) Horst Maurer
6000 Frankfurt-Schwanheim
Am Ruhestein 43
- (6) VK Frankfurt 38
6000 Frankfurt/Main-S 10, Münchener Str.
- Freiburg (3) Willi Laubert
7800 Freiburg, Am Radacker 6
- Friedberg (2) Gerhard Herbert
6361 Rodheim v.d.H., Holzhäuser Str.39
- Gelsenkirchen (2) Helmut Bublitz
4650 Gelsenkirchen, Overhofstr. 76
- Gießen (1) Gerhard Stehr
6300 Gießen, Professorenweg 10
- Hamburg (10) VK Hamburg
2000 Hamburg 36, Gr.Bleichen 23-27
I. Stock, Zi. 163, Tel.346679
- (1) Dr.Wilhelm Peters
2100 Hamburg-Harburg, Heimfelder Str.56
- Hannover (2) VK Hannover
3000 Hannover- 1, Maschstr.22
Haus der Jugend
- (1) Karl Heinz Meyer
3000 Hannover-Buchholz, Rauschen-
platzstr. 9
- Hanau (3) Uwe Engel
645 Hanau, Sandeldamm 13
- Herford (2) Werner Eggert,
4900 Herford, Kurfürstenstr. 14
Tel. 4449
- Hofheim (2) Norbert Weiler
6231 Niederhofheim, Gartenstr. 8

Husum (2) Karl Friedrich Hagemann
2250 Husum, Neustadt 110

Iserlohn (5) Uwe Schulte
5860 Iserlohn, Klopstockstr.18

(-) Dr. Fritz Katz
5860 Iserlohn, Pastorenweg 2

Itzehoe (2) Walter Harder
2210 Itzehoe, Lohweg 12

Kiel (-) Werner Titz
2300 Kiel, Mühlenweg 163

Köln (8) VK Köln
5000 Köln, Rosenstr.18-22

(-) Hermann Rosendahl
5000 Köln-Ehrenfeld, Philippstr.50

(1) Günter Schlatter
5000 Köln-Nippes, Nordstr. 74

Krefeld (2) Adolf Schöll
4150 Krefeld- Hohenbudberg,
Niederfeldweg 8, Tel.43639

(-) Lothar Schmitz
4130 Moers, Kirchstr. 25/27

Langen (1) Günter Beck
6070 Langen, Gabelsberger Str. 23

Lemgo (2) Ernst August Drexhage
4900 Schwarzenmoor Nr. 70

Leverkusen (2) Peter Gade
5090 Leverkusen, Am Eselsdamm 3
Tel. 51542

Lübeck (1) VK Lübeck
2400 Lübeck, Glockengießerstr.6

(2) Hans Jürgen Willenberg
2400 Lübeck, Wendische Str. 61

(1) Cai Pasch
2067 Reinfeld, Alter Garten 7

Mainz (1) Hartmut Fiedler
6500 Mainz, Große Bleiche 29
bei Buchhandlung Gutenberg

(1) Robert Nonnenmacher
6500 Mainz, Bilhildisstr. 15
Tel. 2397

Mannheim (-) Harald Schöpferle
6800 Mannheim-Feudenheim
Damaschkering 33

- Marburg (4) Gerd Müller
3550 Marburg, An der Schanze 5
- (1) H.R.Schießer
3550 Marburg, Mainzer Gasse 27
- (-) Heinz Maus, Prof. Dr.
3550 Marburg, Wilh.Roser Str.32
Tel.4536
- Mettmann (1) Dr.Ernst Moritz Klingenburg
4020 Mettmann, Lönsweg 10
- Mittelbaden (2) Wilfried Appelt
7591 Sasbach, F.-X.-Lender Str.352
- (2) Günter Lehner
7460 Kehl, Niedereichstr. 2
- München (-) Helmut Fischer
8000 München, Guldeinstr.47
bei Nußbaum
- (1) VK München
8000 München 2, Blumenstr. 13/IV
- Neuwied (1) Friedrich Wilhelm Reinhard
5450 Neuwied, Pfarrstr. 49
- Northeim (2) Siegfried Krüger
3400 Göttingen, Obere Masch 10
- Opladen (2) Werner Raschke,
5670 Opladen, Rennbaumstr. 46
- Pfungstadt (2) Robert Weisbrod
6102 Pfungstadt, Sandstr. 46
- Remscheid (4) Dieter Alvermann
5630 Remscheid, Lennepstr. 126
- (-) Anton Schubert
563 Remscheid, Bürger Str. 116
- Rüsselsheim (2) Werner Welskop
6090 Rüsselsheim, Frankf.Str.2
- Saar (2) Paul Woog,
6600 Saarbrücken 3, Thüringer Str.7
- Siegerland (1) Karl A. Schneider
5901 Niederndorf, Freudenberger Str.3
- (-) Hans A. Dresler
5901 Obersdorf, Am Rex 9, Tel.22978
- Singen (2) Ludwig Blenk
7700 Singen, Oberzellerhau 21

- Solingen (3) VK Solingen
5650 Solingen, Kölner Str. 45
- (1) Günter Klemens
5650 Solingen, Oberstr.56
- Stuttgart (2) VK Stuttgart
7000 Stuttgart S, Filderstr. 63
- (-) Artur Epp
7000 Stuttgart-W., Lenaustr. 14
- Westharz (-) Dr.Wilhelm Ude
3370 Seesen, Horpkestr. 3
- (1) Günter Bleisch
7417 Urach, Haus am Berg
- (1) Horst Klein,
3381 Astfeld, Goslarsche Str.13
- (1) W. Wedekind
3380 Goslar, Hogauerstr. 35
- (1) Barbara Trumpfheller
3380 Goslar, Birkenhof
- (1) Dieter Voss
3380 Goslar, Breite Str. 78
- Witten (2) Gerd Wigmann
5810 Witten-Annen, Froebelstr. 36
- Wuppertal (2) VK Wuppertal
5600 W.-Barmen, Oberbergische Str.4
- (1) Christoph Klipstein
5600 w.-Barmen, Westkotter Str.63

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Verbandsdienstverweigerer
International e.V.

Verteiler I a (Bundesvorstand, Verbandsgeschäftsstelle,
Dokumentationsabteilung, Ressortverteilung)
Dokumentationsabteilung, Ressortverteilung

Bundesvorstand

Vorsitzender

Reinhold Settele
7000 Stuttgart-W.
Rosenbergstr. 103

stellvert. Vorsitzender

Werner Böwing
5650 Solingen
Postfach 789

Schatzmeister

Hans Adolf Dresler
5901 Obersdorf/Kreis Siegen
Am Rex 9

Beisitzer

Egon Becker
6000 Frankfurt/Main
Eschersheimer Landstr. 572

Günter Fritz
7000 Stuttgart 1
Bebelstr. 106

Hans Hammer
7000 Stuttgart-Rohr
Orionweg 1 a

Heinrich Hannover
2800 Bremen
U.L.Frauen Kirchhof 24/25

Hans H. Ploen
2000 Hamburg-Bahrenfeld
Humperdinckweg 5

Alfred Riedel
6050 Offenbach
Buchrainweg 161

Herbert Stubenrauch
5600 Wuppertal-Elberfeld
Ludwigstr. 29

Fritz Vilmar
6000 Frankfurt
Sandbergsgäßchen 93

Verbandsgeschäftsstelle

6050 Offenbach/Main 4
Buchrainweg 161
Postfach 648
Telefon: 886051/52

Dokumentationsabteilung

Karl Heinz Stahnke
2070 Ahrensburg 1
Bogenstr. 14
Tel. 55507

(2)

Schriftführer	Alfred Riedel
Redaktion ZIVIL	Herbert Stubenrauch (verantwortlich) Egon Becker Alfred Riedel
Referent für gesetzliche und freiwillige Dienste	Hans H. Ploen
Rechtsreferent	Heinrich Hannover
Referent für zentrale Aktionen	Egon Becker
Referent für Schulung und Bildung	Fritz Vilmar
Referent für Gruppen- betreuung	Alfred Riedel
Werbereferent	Günter Fritz
Auslandsreferent	Werner Böwing
Referent für grundsätz- liche Fragen zur Kriegs- dienstverweigerung	Hans Hammer

ED 718-7-89

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Verteiler I b (Bundesausschußmitglieder)

Bielefeld		Jörn Hempel 4800 Bielefeld In der Steinheide 3 d
Dortmund		Fritz Joost 4600 Dortmund 1 Boldtstr. 2
Düsseldorf		Hans Emter 4000 Düsseldorf Südstr. 3
Frankfurt		Norbert Winkler 6083 Walldorf E.v.Behringstr. 18
Hamburg		Bruno Wendel 2000 Hamburg-Nienstedten Jenischstr. 90
Hannover		Wolfgang Grußendorf 3000 Hannover-Linden Gesmannstr. 8
Kiel	(4)	Werner Titz 2300 Kiel Mühlenweg 163
Köln		Hermann Rosendahl 5000 Köln-Ehrenfeld Philippstr. 50
Mannheim	(2)	Harald Schöpferle 6800 Mannheim-Feudenheim Damaschkering 33
München	(2)	Helmut Fischer 8000 München Guldeinstr. 47 bei Nußbaum
Stuttgart		Artur Epp 7000 Stuttgart-W. Lenastr. 14
Wuppertal		Werner Kluge 5600 Wuppertal-Elberfeld Emil-Uellenberg Platz 4

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Verteiler I c (Kassenprüfer, Schiedsgericht, Mitarbeiter)

1. Kassenprüfer

Klaus Vack, 605 Offenbach/Main, Lohrweg 15
Norbert Winkler, 6083 Walldorf, E.v.Behring Str. 18
Hans K. Knauer, 605 Offenbach, Geschw.Scholl Str. 22

2. Bundesschiedsgericht

Vorsitzender	Hans Wörmer 2100 Hamburg-Harburg, Hainholzweg 111d Tel. 772489
Beisitzer	Gerhard Grüning 6000 Frankfurt/Main Amöneburger Str. 48
	Herbert Mayer 6392 Anspach, Fr.Ebert Str. 9
Ersatzmann	Werner Titz 2300 Kiel, Mühlenweg 163

3. Mitarbeiter bei ZIVIL

"Die rechtliche Seite"	Rüdiger Frank 7800 Freiburg, Winterer Str. 25
"Bibliographischer Weg- weiser"	Karl Heinz Stahnke 2070 Ahrensburg 1, Bogenstr. 14
"Ziviler Friedensdienst"	Dr.Wilhelm Ude 3370 Seesen, Horpkestr. 3, 05381-3237
"Neues"	Alfred Riedel 6050 Offenbach, Buchrainweg 161
"Internationales"	Werner Böwing 5650 Solingen, Postfach 789

4. Wichtige Mitglieder

Wilhelm Keller	Glasenbach bei Salzburg Hellbrunner Verbindungsstr. 7
Hans Hermann Köper	5000 Köln 1, Wallrafplatz 2 Tel. 218758
Günter Lübcke	2000 Hamburg-Berne, Beim Farenland 2 Tel. 6446929
Hans A. Nickel	6000 Frankfurt/Main 1, Hebelstr. 11 (Redaktion Pardon)
Martin Rehm	8000 München 13, Zieblandstr. 37 Tel. 550995
Hans Konrad Rempel	2070 Ahrensburg, Föhrenstieg 8 Tel. 2223
Harm Westendorf	2000 Hamburg-Rissen, Gerlindweg 5 Tel. 812098
Dr. Fritz Katz	5860 Iserlohn, Pastorenweg 2